

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018

AKTUELLES

Kultusminister: Schulen brauchen mehr Lehrer	2
Exzellent forschen, besser studieren? Studenten sind skeptisch	5
Fast zwei Millionen Kinder in Deutschland von Armut bedroht	7
100 Jahre Bauhaus – Was wann wo passiert.....	8

KULTURPOLITIK

Wie weiter mit Kleist?	11
Erfolgsstory – 100 Jahre Bavaria Filmstudios	13

BERUF UND WEITERBILDUNG

Raus aus der Hartz-Falle – neues Bundesgesetz	19
Branche: Brauchen mehr Frauen im Bereich Künstliche Intelligenz	20

FORSCHUNGSPOLITIK

Nasa-Sonde „New Horizons“ trifft „Ultima Thule“	24
Hacker-Appell für freien Zugang zu Forschungsergebnissen	26

HOCHSCHULE

Chancengleichheit für blinde Studenten	28
Uniklinikum Augsburg geht 2019I an den Start	29

SCHULE

Gymnasiallehrer fordern: Schüler sollen mehr schafkopfen	33
5 Prozent Unterrichtsausfall an NRW-Schulen	35

VORSCHULE

GEW: Gehaltslücke bei Erziehern muss weg	37
--	----

URTEILE

Urteil zum Islam-Unterricht in NRW gekippt.....	39
Schulbegleiter für behinderte Kinder am Nachmittag möglich	41

TERMINE

.....	45
-------	----

INHALT (GESAMT)	48
------------------------------	-----------

Verantwortlich: Kirsten Baukhage | +49 30 2852 32275
dossier.bildungsforschung@dpa.com

AKTUELLES

Kultusminister: Schulen brauchen mehr Lehrer

Wiesbaden/Erfurt (dpa) – Mit den steigenden Anforderungen für die Schulen wird nach Einschätzung des neu gewählten Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz (KMK), Alexander Lorz, der Bedarf an Lehrerstellen weiter wachsen. Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeige, dass es nicht damit getan sei, freie Lehrerstellen neu zu besetzen, sagte Hessens Bildungsminister in einem dpa-Interview in Wiesbaden. „Wir sollten darüber hinaus ausbilden, weil wir davon ausgehen, dass wir mehr Lehrerstellen in Zukunft brauchen werden“, erläuterte der CDU-Politiker.

Lorz forderte einen langfristig angelegten Ausbau von Studienplätzen in der Lehrerausbildung. So sei beispielsweise Hessen auf einem guten Weg, mit den bereits aufgestockten Kapazitäten den Bedarf für die Neubesetzung von Stellen ab 2023 decken zu können. „Aber da ist noch nicht viel Puffer drin“, mahnte der Minister. Die Hochschulen stießen inzwischen an ihre Grenzen. „Professoren für Grundschulpädagogik wachsen auch nicht auf den Bäumen“, sagte Lorz. Nach Prognosen der KMK fehlen bis 2030 jedes Jahr 700 Lehrer. Besonders betroffen sind demnach Berufs- und Grundschulen.

Holter: Mehr Vergleichbarkeit bei Lehrerausbildung in den Ländern

Der scheidende KMK-Chef, Helmut Holter (Linke), forderte mehr Vergleichbarkeit der Lehrerausbildung in den Bundesländern. Weil die Bildung Ländersache sei, habe sich jedes Bundesland eigene Regeln gegeben. Die Lehramtsabschlüsse seien nicht in jedem Fall vergleichbar. Er wünsche sich eine „Harmonisierung“.

So sei es in Thüringen, wo Holter Bildungsminister ist, notwendig, dass ein Grundschullehrer in Deutsch, Mathematik und in einem weiteren Fach ausgebildet wurde. In Baden-Württemberg dagegen sei die Ausbildung in Mathematik nicht zwingend erforderlich. Dadurch könne ein verbeamteter Grundschullehrer nicht in jedem Fall nach Thüringen wechseln, ohne etwa seinen Beamten-Status zu verlieren.

„Ich halte das für einigermassen absurd“, sagte Holter. Man müsse darüber reden, ob solche beamtenrechtlichen Hürden noch zeitgemäß seien. „Da müssen Schranken abgebaut werden“, sagte er auch mit Blick auf den Lehrermangel vieler Bundesländer.

Der Linke sieht in der Verbeamtung von Lehrern ein wichtiges Instrument gegen den Mangel. „Alle Länder sind auf dem Weg, Lehrer zu verbeamten. Das hat einen hohen Stellenwert“, sagte er. Gegen den Personalmangel

gebe es aber kein Patentrezept. Eine große Herausforderung bestehe auch darin, Lehrer für bestimmte Mangelfächer und für Schulen im ländlichen Raum zu gewinnen.

Holter erneuerte seine Idee, Lehrer nicht mehr strikt getrennt nach Schularten – etwa für Gymnasium, Grund- oder Realschule – auszubilden, sondern nach Altersstufen der zu unterrichtenden Kinder. Seiner Ansicht nach könnten Lehrer so an verschiedenen Schularten zum Einsatz kommen. Holter will über das Thema im nächsten Jahr mit den Hochschulen in Thüringen sprechen. „Diese Debatte ist zurzeit offen“, sagte Holter, der die Diskussion darüber im Sommer während seiner KMK-Präsidentschaft angestoßen hatte.

Arbeitsbedingungen für Lehrer in den Ländern unterschiedlich

Auch die Arbeitsbedingungen für Lehrer differieren je nach Bundesland. Rheinland-Pfalz ist nach Aussagen des Bildungsministeriums in Mainz seit Jahren bestrebt, „angehenden Lehrkräften gute Beschäftigungsbedingungen zu ermöglichen“. Dazu gehöre die Verbeamtung von Lehrkräften. Mit einem Altersdurchschnitt von 44 Jahren gehörten die Kollegien in Rheinland-Pfalz mit zu den jüngsten bundesweit. Daher müssten auch weniger Stellen von Lehrkräften, die in den Ruhestand wechseln, nachbesetzt werden.

Das sieht in Sachsen-Anhalt ganz anders aus. Das Land hat eine überdurchschnittlich alte Belegschaft und braucht nach einem Expertengutachten jedes Jahr mindestens 730 neue Lehrer, um Abgänge und steigende Schülerzahlen auszugleichen. Als Erfolg wertete Bildungsminister Marco Tullner (CDU) die sogenannte Buschzulage: Für Stellen, die über mehrere Runden nicht besetzt werden konnten, zahlt das Land seit diesem Jahr einen Zuschlag. Etwa die Hälfte dieser 80 Posten sei so in zwei Ausschreibungsrunden besetzt worden, sagte Tullner.

Niedersachsen setzt verstärkt auf Quereinsteiger, um die Lücken in den Kollegien etwa an Grund-, Haupt- und Realschullehrer zu schließen. Viele von ihnen unterrichten an Hauptschulen und auf dem Land – also dort, wo der Arbeitsplatz Schule weniger attraktiv ist. Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) kündigte an, dass sich das Land „sehr ernsthaft“ mit der Frage auseinandersetzen werde, die Besoldung aller Lehrer an die Bezüge der Gymnasiallehrer anzupassen. In einem ersten Schritt hatte Niedersachsen 2018 die Besoldung für Grundschulleiter verbessert.

Baden-Württemberg lockt mit einem speziellen Angebot Nachwuchskräfte auf's Land: Wenn sich junge Gymnasiallehrer bereit erklären, für drei Jahre dort an Grundschulen zu unterrichten, erhalten sie im Gegenzug anschließend eine Stelle in ihrer Fächerkombination an einem Gymnasium.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - AKTUELLES

Anders als in fast allen anderen Bundesländern gibt es dagegen in Hamburg erheblich mehr Bewerber als Referendariatsplätze. Die Stadt sei sehr attraktiv, sagte Schulsenator Ties Rabe (SPD). Zudem verbeamtete Hamburg zügig, zahle gut und biete bessere Aufstiegschancen als andere Bundesländer. Doch man wolle nicht warten, bis der Bewerbermangel auch in Hamburg ankomme. Die Hansestadt will deshalb deutlich mehr Referendare ausbilden.

Keine Abwerbungskampagnen für Lehrer unter den Ländern

„Mit der gleichen Lehrer-Schüler-Relation, mit der Lehrer vor 15 oder 20 Jahren gearbeitet haben, würde heute keine Schule mehr arbeiten können“, betonte Hessens Bildungsminister Lorz. Bei Prognosen für künftige Bedarfe müsse man sich jedoch stets darüber im Klaren sein, dass die Zahlen unter Umständen nicht besonders zuverlässig sind.

Die Länder haben nach den Worten von Lorz vereinbart, nicht mit gezielten Kampagnen Lehrer untereinander abzuwerben. „Was wir aber nicht verhindern können, ist, dass die einen oder anderen Länder attraktivere Arbeitsbedingungen bieten, Stichwort Besoldung“, sagte der CDU-Politiker. Wenn Lehrer sich daran orientierten, dann sei das etwas, mit dem man im Föderalismus leben müsse. „Interessanterweise ist der Effekt aber nicht groß“, sagte der Minister. Nach seiner Erfahrung würden angehende Lehrer nicht für 300 Euro mehr im Monat einmal quer durch Deutschland umziehen.

Andrea Löbbecke (Wiesbaden) und Stefan Hantzschmann (Erfurt)

GEW: Mehr tun im Kampf gegen Lehrermangel

Wiesbaden (dpa) – Die Länder unternehmen nach Einschätzung der Lehrgewerkschaft GEW zu wenig gegen den Lehrermangel. „Die Kultusministerkonferenz hat sich nicht genügend abgesprochen, um gegenzusteuern und genügend Studienplätze an den Universitäten vorzuhalten“, kritisierte die Bundesvorsitzende Marlis Tepe im dpa-Gespräch. „Im Gegenteil: In einigen Bundesländern werden Ausbildungsgänge geschlossen, für nicht wenige Lehramtsstudiengänge gilt ein Numerus clausus. Das ist absurd.“

Die Beratungen in der Kultusministerkonferenz müssten einen verbindlicheren Charakter bekommen, forderte die Gewerkschafterin. „Die Minister sollten ihre parteipolitische Brille öfter absetzen und gemeinsam an einem Strang ziehen.“

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - AKTUELLES

In den beruflichen Schulen sei der Fachkräftemangel bundesweit schon seit vielen Jahren außerordentlich groß. Auch der Mangel an den Grundschulen sei inzwischen in allen Ländern angekommen, erklärte Tepe. Dies liege daran, dass Grundschullehrkräfte in fast allen Bundesländern schlechter bezahlt werden als Lehrer in den Sekundarschulen. Außerdem hätten die Grundschullehrer eine längere Arbeitszeit, sagte Tepe. Besonders dramatisch sei die Lage in den östlichen Bundesländern und in Berlin.

In den anderen Schulformen werde der Lehrkräftemangel eher in den nächsten Jahren spürbarer, weil dann die steigende Zahl der Schüler in den Sekundarstufen ankomme, warnte die GEW-Bundesvorsitzende. Für die Universitäten sei es nach wie vor unattraktiv, Lehrkräfte auszubilden. Die Qualitätsoffensive Lehrerausbildung der Bundesregierung für die Universitäten mit 50 Millionen Euro pro Jahr reiche nicht aus. „Das ist viel zu wenig Geld“, sagte Tepe.

Internet:

- GEW <http://dpaq.de/4eEFw>

Exzellent forschen, besser studieren? Studenten sind skeptisch

Berlin (dpa) – Studentenvertreter warnen vor einer ungerechten Verteilung von Forschungsgeldern – auch mit Blick auf weitere Elite-Universitäten. „Unis, die eigentlich Gelder für ihre Entwicklung benötigen, werden vernachlässigt“, beklagt etwa der Allgemeine Studierendenausschuss (Asta) der Hamburger Uni in einer gemeinsam verfassten Stellungnahme. Dies könne zu einem Zwei-Klassen-System führen. Studentenvertreter anderer Hochschulen befürchten außerdem, durch die gezielte Förderung der Forschung könnte die Lehre zu kurz kommen. Hochschulleitungen und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) weisen diese Sorgen zurück.

Die Exzellenzstrategie von Bund und Ländern ist die Fortsetzung der 2005/06 gestarteten Exzellenzinitiative. Mit Fördermitteln in Höhe von fast 2,7 Milliarden Euro sollen über einen Zeitraum von sieben Jahren herausragende Forschungsprojekte belohnt werden, damit Universitäten ihre Profile stärken und international wettbewerbsfähiger werden können.

Im September hatten Bund und Länder 57 so genannte Exzellenzcluster an 34 Universitäten ausgezeichnet. Zu den Themen der Forschungsprojekte zählen Klimawandel, Präzisionsmedizin und computerbasiertes Bauen. Im kommenden Jahr sollen weitere Einrichtungen für herausragende Zukunftskonzepte zu „Exzellenzuniversitäten“ gekürt werden.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - AKTUELLES

Der Präsident der Universität Hamburg, die im September Mittel für vier Projekte eingeworben hatte und sich nun um den Exzellenz-Status bewirbt, sieht die Gefahr eines Zwei-Klassen-Systems nicht. „Wenn überhaupt, dann handelt es sich um ein differenziertes System mit unterschiedlichen Aufgaben“, sagt Hochschulpräsident Dieter Lenzen.

Studierende: Zu viel Fokus auf Forschung – zu wenig auf Lehre

Studentenvertreter kritisieren an der Exzellenzstrategie auch, dass Professoren zuviel Energie in die Arbeit an Förderanträgen steckten. Für die Lehre bleibe da oft zu wenig Zeit. Werden dann Gelder bewilligt, würden herausragende Wissenschaftler oft von der Lehre befreit und deren Seminare und Veranstaltungen von Doktoranden geleitet. „Es handelt sich um eine rein auf die Forschung ausgelegte Förderung. Da profitieren die Studierenden vielleicht um viele Ecken herum, aber eigentlich auch nicht“, sagt der Referent für Hochschulpolitik beim Asta der Universität Bonn, Tobias Eisenach.

Elite-Universitäten bringen nach Meinung von Hochschulpräsident Lenzen aber auch Vorteile für Studenten: Es gebe mehr Gelegenheiten, mit Spitzenwissenschaftlern zusammenzuarbeiten sowie die Möglichkeit, eine Doktorarbeit zu einem hochaktuellen Thema zu schreiben. „Für den Lebenslauf dürfte das Studium an einer Universität mit Exzellenzbereichen zumindest nicht schädlich sein“, sagt Lenzen. Auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft geht davon aus, dass „exzellente Forschung an den Universitäten“ positiv auf die Lehre ausstrahlt, wie DFG-Sprecher Marco Finetti sagt.

An der Kölner Uni, die sich seit 2012 „Exzellenzuniversität“ nennen darf, sei davon im täglichen Studienbetrieb wenig zu sehen, sagt Asta-Sprecher Florian Puttkamer. Er selbst habe schon dort studiert, als die Uni noch nicht zur Elite gehört habe. „Ich habe da ganz ehrlich keinen Unterschied gemerkt“, sagt er. Noch immer fehlten an allen Ecken Mittel für die rund 50 000 Studenten.

Die beste Lösung zur Verbesserung der Situation an Hochschulen wäre aus Sicht von Asta-Referent Eisenach eine rundum bessere Finanzierung: Nur dadurch und durch ein vernünftiges Hochschulgesetz lasse sich sicherstellen, dass die Lehre genau so viel Stellenwert bekomme wie die Forschung. Oder doch eine Exzellenzinitiative für die Lehre? „Das unterschreibe ich sofort“, sagt sein Kölner Kollege Puttkamer.

Gaby Mahlberg (Berlin)

Internet:

- Exzellenzcluster an der Universität Hamburg <http://dpaq.de/Pceno>
- Deutsche Forschungsgemeinschaft zur Exzellenzstrategie <http://dpaq.de/0P8C6>

- Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Exzellenzstrategie

<http://dpaq.de/ggmGy>

Fast zwei Millionen Kinder in Deutschland von Armut bedroht

Berlin (dpa) – Die Zahl der armutsgefährdeten Kinder ist in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren von 1,79 auf 1,85 Millionen in 2017 gestiegen. 2005 waren es noch 1,51 Millionen. Dies geht aus Daten des Europäischen Statistikamts Eurostat hervor, auf die die Linken-Abgeordnete Sabine Zimmermann hingewiesen hat.

Als von Armut bedroht gelten Haushalte mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens. Der Anteil der Unter-16-Jährigen in solchen Haushalten stieg von 11,6 Prozent im Jahr 2005 über 14,7 Prozent im Jahr 2008 auf 17,2 Prozent 2010. Dann sank der Anteil mit Schwankungen auf 15,1 Prozent 2017.

Die Sozial- und Familienexpertin Zimmermann sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Besonders zu Weihnachten spüren viele Kinder, dass sie in ärmlichen Verhältnissen aufwachsen müssen.“ Für arme Eltern sei es ungleich schwerer, ihren Kindern ein schönes Weihnachtsfest zu beschenken. „In diesen Familien werden auch dieses Jahr die Augen der Kleinen aus Vorfreude nicht glänzen, weil sie nichts Besonderes zu erwarten haben.“

In der gesamten Europäischen Union ist sogar rund jedes fünfte Kind von Armut bedroht. Der Anteil der Unter-16-Jährigen unter der offiziellen Armutsgefährdungsschwelle stieg laut Eurostat EU-weit von 19,2 Prozent 2005 auf 20,9 Prozent 2015 und sank dann auf 19,7 Prozent 2017.

Wohlfahrtsverband: Regelsätze dem tatsächlichen Bedarf angleichen

Auf Deutschland bezogen sagte Zimmermann: „Kinderarmut ist und bleibt einer der größten Skandale in einem der reichsten Länder der Erde.“ Von der Bundesregierung forderte sie ein wirkungsvolles Konzept gegen Kinderarmut. Die sozialen Leistungen müssten Armut verhindern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Die Eltern müssten ohne prekäre Beschäftigung auskommen, gegen niedrige Löhne müsse der Mindestlohn erhöht werden.

Der Sozialverband VdK forderte, armutsgefährdete Kinder in Deutschland bei der Grundsicherung besserzustellen. Kinderarmut in einem reichen Land wie Deutschland sei ein Skandal, sagte Verbandspräsidentin Verena Bentele der dpa. „Dringend notwendig ist vor allem eine Neuberechnung der Regelsätze für die Grundsicherung der über zwei Millionen Kinder und

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - AKTUELLES

Jugendlichen, die meist dauerhaft auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Hier müssen die tatsächlichen Bedarfe für Bildung, soziale Teilhabe und gesunde Ernährung zugrunde gelegt werden.“ Auch müssten Eltern mit ihrer Arbeit ihre Kinder finanziell absichern können.

Basil Wegener (Berlin)

Internet:

- Armutsgefährdung absolut <http://dpaq.de/bNJOO>
- Armutsgefährdung prozentual <http://dpaq.de/Er9mo>

100 Jahre Bauhaus – Was wann wo passiert

Berlin (dpa) – 1919 gründete der Architekt Walter Gropius in Weimar das „Staatliche Bauhaus“. Nach den Schrecken des Ersten Weltkriegs wollte er mit einer neuen Gestaltung alltäglicher Dinge einen neuen modernen Menschen prägen. 1925 zog die Hochschule unter politischem Druck nach Dessau um, 1932 nach Berlin. Dort wurde sie kaum ein Jahr später von den Nazis geschlossen.

Unter dem Motto „Die Welt neu denken“ erinnern im kommenden Jahr deutschlandweit mehr als 500 Veranstaltungen an die Gründung der einflussreichen Talentschmiede vor 100 Jahren. Elf Länder, der Bund und die drei Bauhaus-Institutionen in Weimar, Dessau und Berlin haben sich für das Jubiläumsjahr zusammengeschlossen (www.bauhaus100.de). Die Highlights des Programms:

* **VORHANG AUF!** Eröffnungsfestival vom 16. bis 24. Januar in der Akademie der Künste am Hanseatenweg, Berlin:

Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier geht es mit Musik und Theater, Tanz und Film, Vorträgen und Workshops vor allem um Begegnungen mit der berühmten Bauhausbühne. Insgesamt sind mehr als 25 Produktionen von mehr als 100 Künstlern aus aller Welt zu erleben, darunter zehn Uraufführungen. Besonderer Höhepunkt ist die Virtual Reality Installation „Das Totale Tanz Theater“ des amerikanischen Star-Choreographen Richard Siegal mit Musik der Einstürzenden Neubauten.

* **BAUHAUS IN ALLER WELT.** Abschluss eines internationalen Ausstellungs- und Forschungsprojekts vom 15. März bis 10. Juni im Haus der Kulturen der Welt, Berlin:

Eine große Gesamtschau geht so umfangreich wie noch nie dem weltweiten Einfluss des Bauhauses bis in die Gegenwart nach. Unter dem Titel

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - AKTUELLES

„bauhaus imaginista“ liefern dafür seit dem vergangenen Frühjahr an namhaften Museen in Japan, China, Russland und Brasilien Ausstellungsprojekte. In Indien, den USA, Marokko und Nigeria wurden – ebenfalls gemeinsam mit den Goethe-Instituten vor Ort – ergänzende Workshops und Symposien organisiert. Die Ergebnisse werden in Berlin zusammengeführt und mit einem Kapitel zur experimentellen Arbeit des Bauhauses ergänzt.

* **DAS BAUHAUS KOMMT AUS WEIMAR.** Jubiläumsausstellung der Klassik Stiftung Weimar vom 6. April 2019 bis 1. April 2029:

Der legendäre Bauhaus-Gründer Gropius hatte schon 1925 eine Sammlung von 160 Werkstattarbeiten angelegt, die besonders für die Handschrift der Schule standen. Sie ist mittlerweile auf 13 000 Objekte angewachsen. Dazu zählen etwa die berühmte Teekanne von Marianne Brandt, der Latenstuhl von Marcel Breuer und Paul Klees Gemälde „Wasserpark im Herbst“. Die Klassik Stiftung Weimar zeigt zur Eröffnung ihres neuen Museums neben den Designikonen auch viele bislang nicht gesehene Zeitdokumente. Das neue Haus soll zu einem Ort der Begegnung, Offenheit und Diskussion werden.

* **ORIGINAL BAUHAUS.** Jubiläumsausstellung des Berliner Bauhaus-Archivs vom 6. September 2019 bis 27. Januar 2020, in der Berlinischen Galerie:

Anders als in Weimar und Dessau steht in Berlin der Neubau für das Museum noch in weiter Ferne – erst für 2023 ist die Eröffnung geplant. Deshalb ist die große Geburtstagsschau im Landesmuseum Berlinische Galerie zu Gast. Zu den Schwerpunkten „Schule machen“, „Geschichte schreiben“ und „Ikone werden“ soll Berühmtes und Bekanntes, Vergessenes und Wiedergefundenes aus dem weltweit größten Bauhaus-Archiv gezeigt werden, dazu kommen besondere Leihgaben aus internationalen Sammlungen.

* **VERSUCHSSTÄTTE BAUHAUS.** Jubiläumsausstellung der Stiftung Bauhaus Dessau, ab 8. September 2019:

Mit der Eröffnung des neuen Bauhaus Museums in Dessau kann die rund 40 000 Exponate umfassende Sammlung erstmals in ihrer ganzen Vielfalt präsentiert werden. Die Ausstellung auf rund 1500 Quadratmetern Fläche soll vor allem zeigen, wie sehr Bauhaus-Objekte inzwischen selbstverständlich zum Lebensalltag gehören – angefangen von Schrifttypen über Möbel, Textilien und Tapeten bis hin zur Architektur. Das Haus kündigt eine „lebendige Auseinandersetzung“ mit dem Bauhaus-Erbe bis ins 21. Jahrhundert an.

* **TRIENNALE DER MODERNE.** Drei Architektur-Wochenenden in Weimar (26.9.-29.9.), Dessau (4.10.-6.10.) und Berlin (11.10.-13.10.):

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - AKTUELLES

Die 2013 gegründete Initiative Triennale der Moderne rückt die Architektur des Bauhauses in den Mittelpunkt – ausgehend von den Unesco-Welterbestätten in Berlin, Dessau und Weimar. Im Jubiläumsjahr steht sie unter der Schirmherrschaft des israelischen Botschafters Jeremy Issacharoff. Viele „Bauhäusler“ waren unter dem Druck der Nazis nach Israel geflüchtet. In Tel Aviv entstand die sogenannte Weiße Stadt, die seit 2003 ebenfalls zum Weltkulturerbe zählt. Bei der Triennale sollen zahlreiche Events die Verbindungen deutlich machen. Das genaue Programm ist etwa ab Mai 2019 im Internet abzurufen.

* **GRAND TOUR DER MODERNE.** Ganzjährig deutschlandweit:

Zum Jubiläumsjahr führt eine eigens konzipierte Route die Besucher durch 100 Jahre Geschichte zu 100 ausgewählten Orten quer durch die Republik. Die Adressen reichen von der unter Unesco-Schutz stehenden Weissenhofsiedlung in Stuttgart bis zur Siemensstadt in Berlin, von der Schwarzwaldhalle in Karlsruhe bis zu dem wegen seines Schalendachs bekannten „Teepott“ in der Ostseestadt Warnemünde, von der Zeche Zollverein Essen bis zum Deutschen Hygienemuseum in Dresden. Eine interaktive Website soll ab April für leichtere Orientierung sorgen. Zudem planen viele Bundesländer eigene Programme.

Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) zum Geleit: „Das Bauhaus-Jubiläum 2019 bietet die Gelegenheit, möglichst viele Menschen für diesen spannenden Teil unseres kulturellen Erbes zu begeistern und die Blicke der Welt auf diese so bedeutende Kunstschule der Moderne zu lenken.“

Nada Weigelt (Berlin)

Internet:

- Eröffnungsfestival <http://dpaq.de/jpMpX>
- Sonderseite Bauhaus Imaginista <http://dpaq.de/PTIWf>
- Ausstellung „Das Bauhaus kommt aus Weimar“ <http://dpaq.de/MmLf0>
- Ausstellung „Original Bauhaus“ <http://dpaq.de/uCC6w>
- Ausstellung „Versuchsstätte Bauhaus“ <http://dpaq.de/ghqxj>
- Triennale der Moderne <http://dpaq.de/hSsnI>
- Grand Tour der Moderne <http://dpaq.de/NytM3>

KULTURPOLITIK

Wie weiter mit Kleist?

Frankfurt (Oder) (dpa) – „Kleists Sprache mit ihrer Wortgewalt können Sie so richtig rausdonnern“, sagt Hannah Lotte Lund. Die Begeisterung für den 1777 in Frankfurt (Oder) geborenen Dichter ist der Direktorin des Frankfurter Kleist-Museum anzuhören. Sprachprojekte ließen sich mit Kleist-Texten wunderbar realisieren, meint sie. Ganz zu schweigen von den Themen in Kleists Werken – Familienehre, Gewalt in der Familie, Gerechtigkeit oder die Rolle der Frau. Alles sei hochaktuell. „Und seine Sprache ist viel besser zu verstehen als beispielsweise die von Goethe“, sagt die gebürtige Flensburgerin, die sich jeden Tag mit der Frage beschäftigt, wie relevant Kleists Erbe heute noch ist.

Lund möchte, dass es unbedingt zum Pflichtunterricht der Abiturstufe gehört. „In einigen Bundesländern ist das auch so, gerade in Brandenburg allerdings nicht“, kritisiert die 47-jährige Literaturwissenschaftlerin. Jetzt scheint die Zeit reif dafür, denn das Frankfurter Kleist-Museum wird mit dem Jahresbeginn 2019 zu einer Landesstiftung.

„Das Land Brandenburg hat sich Kleist jetzt als Kulturerbe ins Gesetz geschrieben“, interpretiert die Museumsdirektorin. Was nach der politischen Entscheidung nun folge, seien zunächst viele Formalien – allen voran die Umwandlung der Trägerschaft vom bisherigen Förderverein hin zu einer Stiftung, die allerdings kein eigenes Kapital besitzt, wie die Direktorin betont.

Kleist-Museum bekommt gesicherte Finanzierung

Stattdessen gebe es jährliche Zuwendungen – rund eine halbe Million Euro vom Land, mehrere 100 000 Euro vom Bund, 80 000 Euro von der Stadt Frankfurt. „Damit lässt sich gesichert planen, wir haben erstmals einen Ankaufsetat für unsere rund 10 000 Bände umfassende Kleist-Bibliothek und können uns besser der Forschung widmen“, zählt sie die Vorteile auf.

„Uns als Stadt hilft die dann stärkere Ausstrahlung des Museums und seine öffentliche Wahrnehmung dabei, überregional bekannter zu werden“, freut sich Frankfurts Oberbürgermeister René Wilke (Linke). Er lobt das Engagement des Landes – auch in Bezug auf das Brandenburgische Staatsorchester Frankfurt (Oder) und das Museum „Junge Kunst“, das jetzt gemeinsam mit Cottbus das Brandenburgische Landesmuseum „Moderne Kunst“ bildet. „Als Stadt wären wir finanziell heillos überfordert“, sagt Wilke und verweist auf das Frankfurter Haushaltsdefizit von rund 117 Millionen Euro.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - KULTURPOLITIK

Mehr als zehn Jahre lang, so erzählt Lund, die seit Mitte 2016 Museums-Direktorin ist, sei an einem Stiftungsmodell gearbeitet worden. „Letztlich scheiterte es immer am Geld.“ Durch die verhinderte Kreisgebietsreform in Brandenburg seien dann plötzlich Mittel für die Kommunen übrig gewesen, erläutert sie. Inhaltlich so richtig loslegen könne sie aber wohl erst 2020, schätzt Lund. Dann nämlich sollen auch drei neue Personalstellen geschaffen werden. Das Marketing und die Museumspädagogik liegen ihr dabei besonders am Herzen. „Die Schüler, mit denen unsere bisher nur stundenweise eingesetzte Museumspädagogin arbeitet, haben tatsächlich Spaß an den Projekten“, hat die Direktorin beobachtet.

Direktorin will Kleist in vielfältige Zusammenhänge stellen

Selbst mit Kita-Kindern habe die Museumspädagogin bereits Theater gemacht. „Die Fünfjährigen konnten den Text extrem schnell und spielten Kleist“, erzählt Lund noch immer hörbar beeindruckt. Sie würde auch gern auch mit Brandenburger Autoren zusammen arbeiten, sie und ihre Werke in die Schulen bringen. Langfristig Themen zu entwickeln, findet Lund ebenfalls wichtig.

„2020 planen wir eine Ausstellung zu Kleist-Rezeptionen nach 1945. Wie also wurde im geteilten Deutschland mit Kleist und seinem Erbe umgegangen?“ Politische Kulturgeschichte könne anhand des Dichters auf diese Weise dargestellt werden, hofft sie. Begleitend werden Workshops und öffentliche Debatten angeboten.

2019 komme niemand in Brandenburg an Theodor Fontanes 200. Geburtstag vorbei, weiß Lund. „Der märkische Dichter war zu Kaisers Zeiten auch Theaterkritiker. Er hat Kleist-Inszenierungen gesehen und beurteilt. Dem werden wir uns widmen.“ Besucher sollen künftig durch attraktivere Ausstellungen ins Kleist-Museum gelockt werden. Derzeit kommen jährlich rund 20 000. Laut Lund geht da eindeutig mehr. „Es gibt zwar kaum noch Original-Exponate aus Kleists Zeiten, dafür aber viele künstlerische Arbeiten zu seinen Werken“, sagt die 47-jährige Wissenschaftlerin. Auch diesem Zugang zum Dichter wird sich eine Ausstellung widmen.

Bundesweit will die Museumsdirektorin zudem auf die Suche nach Requisiten, Bühnenbildern und Kostümen von Kleist-Inszenierungen für eine Theaterausstellung gehen. Zudem solle das Museum auch Schauspielern für Veranstaltungen als Bühne dienen. Im Ausland, so sagt sie, sei Kleist der am häufigsten gespielte deutsche Dramatiker.

Jeanette Bederke (Frankfurt Oder))

Internet:

- Kleist-Museum <http://dpaq.de/kLiEU>

Erfolgsstory – 100 Jahre Bavaria Filmstudios

Grünwald (dpa) – Alfred Hitchcock war da, Orson Welles, Gregory Peck – und Bully Herbig. Die Bavaria Filmstudios feiern im Jahr 2019 runden Geburtstag. Sie werden ein Jahrhundert alt und blicken nicht nur zurück auf eine bewegte Vergangenheit, sondern auf ein Stück Kinogeschichte.

Die Bavaria Film, wie man sie heute kennt, geht auf ein Unternehmen des Filmpioniers Peter Ostermayr zurück, das am 1. Januar 1919 gegründet wurde. Im Herbst desselben Jahres ließ er im Grünwalder Ortsteil Geiseltal das erste Studio bauen – ein Atelier aus Glas. Das fiel zwar später einem Hagelschauer zum Opfer, auf seinen Fundamenten steht aber heute noch das Studio 1. Den jetzigen Namen Bavaria Film GmbH trägt das Unternehmen, das heute viel mehr als nur die Studios betreibt, seit 1987.

Um beschauliche Heimatfilme ging es zunächst in den 1920er Jahren. Dann kam Hitchcock, der zwei seiner ersten Filme dort drehte. Weil die Stummfilme keine sprachlichen Barrieren kannten, wurden die Studios bekannt als „Los Angeles im Isartal“ – bis die Nationalsozialisten an die Macht kamen.

Denn von der Nazi-Reichsregierung wurden die Studios in den 1930er Jahren zwar finanziert, aber gleichzeitig klein gehalten, wie der Filmhistoriker Rolf Aurich von der Deutschen Kinemathek in Berlin sagt. „In den späten Nazi-Jahren gab es eine klare Anweisung“, sagt er. „Neben Kriminalstoffen wurden in den Bavaria-Studios Filme gedreht, die viel mit Bayern und mit München zu tun hatten. Man wollte keine wirkliche Konkurrenz zur Ufa.“

Konkurrenz zur Berliner Ufa

Die Konkurrenz zur Berliner Ufa und zu den Filmstudios in Babelsberg – sieben Jahre vor den Studios in Grünwald gegründet – begleitet die bayerische Filmfirma aber, seit es sie gibt. Doch auch wenn die großen internationalen Kino-Produktionen heute meist eher in und um Berlin verortet werden und die Bavaria vor allem mit Fernsehproduktionen wie „Sturm der Liebe“ bekannt ist – der Weg, den sie eingeschlagen hat, ist erfolgreich, sagen auch Experten.

„Die versuchen immer den Spagat zwischen Qualität und Popularität“, sagt die Medienwissenschaftlerin Joan Kristin Bleicher von der Uni Hamburg. „Rosa von Praunheim und Bully Herbig.“ Von Praunheims Film „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt“ wurde von der Bavaria produziert, Herbig („Der Schuh des Manitu“) wurde von der Bavaria Filmstadt ein eigenes Museum gewidmet. Das muss nun allerdings der großen Jubiläumsausstellung „Bavaria Film – eine interaktive Zeitreise durch hundert bewegte Jahre“ weichen, die im März 2019 startet und der Höhepunkt der Geburtstagsfeier sein soll.

Der Weg der Bavaria zeigt sich vielleicht am besten an einem U-Boot. Und zwar nicht an irgendeinem, sondern an dem wohl berühmtesten U-Boot aller Zeiten. Die Original-Modelle, die Regisseur Wolfgang Petersen in seinem Film „Das Boot“ verwendete, sind – zusammen natürlich mit dem weißen Drachen „Fuchur“ aus der „Unendlichen Geschichte“ – heute noch die größten Attraktionen der Bavaria-Filmstadt mit jährlich bis zu 250 000 Besuchern.

Der Kultfilm „Das Boot“, einer der zehn erfolgreichsten deutschen Filme aller Zeiten, ist zwar schon fast 40 Jahre alt und die Modelle sind ziemlich in die Jahre gekommen. Aber gerade erst haben die Macher der Bavaria Film der Geschichte neues Leben eingehaucht und den Filmklassiker als moderne Serie weitererzählt, dem künstlerischen Medium der Stunde.

Die Bavaria meisterte alle Umbrüche in der Filmgeschichte

„Die Bavaria hat alle großen Disruptionen der Branche meistern können: vom Stummfilm zum Tonfilm, vom Schwarz-Weiß-Bild zum Farb-Bild, vom Kino zum Fernsehen, und nun von der analogen Welt ins digitale Zeitalter“, sagt Christian Franckenstein, Vorsitzender der Geschäftsführung. „Die Bavaria gehört zu den vier größten Produktionsunternehmen in Deutschland und ist entsprechend wichtig“, meint auch Oliver Castendyk, Professor an der Hamburg Media School. „Sie gehört zu den großen produzentischen Leuchttürmen in Deutschland.“

Die Zukunft des Unternehmens soll aber nicht nur in der Serie liegen, betont Bavaria-Geschäftsführer Achim Rohnke. Schließlich haben die Studios auch eine große Kinogeschichte. Allein in den 1950er Jahren entstanden dort 32 Filme. Damals kamen Filmgrößen wie Orson Welles, Gregory Peck, Gene Kelly und Tony Curtis nach Grünwald. In den 1970ern folgte Rainer Werner Fassbinder, in den 80ern „Das Boot“ und „Die unendliche Geschichte“.

Das Kinogeschäft habe zuletzt weniger Gewicht gehabt, sagt Rohnke. „Sicher ist dies auch einer Fehleinschätzung der Vergangenheit geschuldet, man könne das Kinogeschäft quasi nebenbei laufen lassen.“ Die Entwicklung und Finanzierung von Kinofilmen folge aber „ganz eigenen Gesetzmäßigkeiten“. Das Unternehmen habe sich darum Zeit genommen, seine Kinoaktivitäten neu auszurichten. Rohnke verspricht: „Mittelfristig streben wir jährlich ein bis zwei Kinoeigenproduktionen an.“

Britta Schulteians (München)

Internet:

- Zur Historie der Bavaria <http://dpaq.de/tA21I>
- Bavaria-Geschäftsjahr 2017/18 <http://dpaq.de/FWnTy>
- Infos zur Serie „Das Boot“ <http://dpaq.de/ZDVPH>

Jüdisches Museum Frankfurt nimmt Gestalt an

Frankfurt/Main (dpa) – Noch wird gehämmert und gebohrt, gestrichen und verkabelt. Das Jüdische Museum Frankfurt ist zur Jahreswende eine Baustelle. In Berlin lockt das spektakuläre Gebäude von Daniel Libeskind Besucher aus aller Welt – Frankfurt will 2019 nachziehen. Immerhin ist es das älteste jüdische Museum Deutschlands und hat mit dem Nachlass der Familie von Anne Frank ein echtes Alleinstellungsmerkmal.

Allein, ganz so reibungslos wie erhofft gehen Um- und Neubau nicht voran. Die Eröffnung kommt später als geplant und die Baukosten sind auch gestiegen, wie Museumsleitung und Stadt berichten. Noch beim Richtfest im März 2018 war von Sommer 2019 die Rede, derzeit heißt es: Eröffnung Anfang November.

„Die Bau- und Renovierungsmaßnahmen sind in zeitlicher Hinsicht ein wenig verzögert, was geringfügige Erhöhungen der Kosten nach sich zieht“, sagte Sprecherin Sarah Fischer. Der ursprüngliche Kostenrahmen werde aber „weitestgehend eingehalten“. Die Gesamtkosten für Neubau, Sanierung und das Museum Judengasse waren auf 50 Millionen Euro gedeckelt. Das Kulturdezernat verweist auf die allgemeine Baupreisentwicklung. „Wir rechnen aber nicht mit hohen Mehrkosten“, sagte Sprecherin Jana Kremin, ohne Zahlen zu nennen.

Drei Gebäude mit vielfältigen Angeboten

Das neue Jüdische Museum besteht aus drei Gebäuden. Das „Museum Judengasse“ nahe der Konstabler Wache wurde schon 2016 wiedereröffnet, nun folgen die beiden Haupthäuser – ein Altbau und ein Neubau – am nördlichen Mainufer in der Nähe des Römers.

Da ist zum einen das historische Rothschild-Palais, in dem das Jüdische Museum seit 1988 untergebracht war – dieses Gebäude wird seit 2015 saniert. Im Altbau wird auf drei Stockwerken die neue Dauerausstellung untergebracht. Hinter dem Palais entsteht der Erweiterungsbau des Büros Staab Architekten. Etwa 3500 Quadratmeter zusätzlichen Platz wird das Museum damit haben: Neben dem Foyer entstehen ein Shop, ein Café, ein Veranstaltungsraum und eine Bibliothek. Im Untergeschoss liegen Räume für Wechselausstellungen.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - KULTURPOLITIK

Anfang November 2019 sollen Alt- und Neubau gemeinsam eröffnet werden, wie Sprecherin Fischer zum Jahreswechsel sagte. Die erste Wechselausstellung muss aber noch warten: Sie soll erst im Frühjahr 2020 zu sehen sein. Das Thema steht allerdings schon fest: „Wir sind da! Juden in Europa 1945-50“.

Ein Highlight der neuen Dauerausstellung ist der Nachlass der Familie von Anne Frank, der berühmten Tagebuch-Autorin. Sie wäre in diesem Sommer 90 Jahre alt geworden. Ihr Cousin Buddy Elias hatte den Besitz der alteingesessenen Frankfurter Familie als Dauerleihgabe dem Museum vermacht. Vor dem Umbau war kein Platz, ihn zu präsentieren, nun sollen Möbel und Alltagsgegenstände, Dokumente und Fotos in der Bibliothek und in der Ausstellung zugänglich gemacht werden.

Jüdische Geschichte vor und im Museum

Bereits im Frühjahr 2019 soll der neue Vorplatz eingeweiht werden, der zwischen Alt- und Neubau entstanden ist. „Wir konnten die Stadt Frankfurt davon überzeugen, dass unser Museum in Zukunft am Bertha Pappenheim Platz 1 gelegen sein wird“, sagte Museumssprecherin Fischer. Die Frauenrechtlerin Bertha Pappenheim (1859-1936) hat den Jüdischen Frauenbund gegründet; berühmt wurde sie als „Patientin Anna O.“ in den Schriften des Psychoanalytikers Sigmund Freud.

Auf dem Platz wird eine elf Meter hohe Baum-Skulptur aufgestellt: zwei in Aluminium gegossene Bäume, von denen einer aus dem Boden emporragt und der andere seine Wurzeln in den Himmel reckt. Der israelische Künstler Ariel Schlesinger will damit Wurzeln und Entwurzelung der Juden sinnbildlichen.

Seinen 30. Geburtstag feierte das Jüdische Museum in diesem Winter auf einer Baustelle. Fünf Tage lang lud das Museum zum „Open House“, zwischen unverputzten Wänden und freiliegenden Kabeln wurde im Rothschild-Palais eine Kunstaussstellung aufgebaut; im Neubau wurden zwischen Wänden aus gestapelten Kisten Gesprächsrunden, Filme, Konzerte und Partys organisiert. Als „Museum ohne Mauern“ wollte sich das Jüdische Museum in diesen Tagen präsentieren – ein Konzept, das Direktorin Mirjam Wenzel nach der Eröffnung weiterverfolgen will.

Sandra Trauner (Frankfurt/Main)

Internet:

- Infos zum Bauprojekt <http://dpaq.de/ixgAl>
- Jüdisches Museum <http://dpaq.de/dqc0L>

Eintritt frei in Dortmunds Städtischen Museen

Dortmund (dpa) – Ab dem 1. Januar verlangen die städtischen Museen in Dortmund keinen Eintritt mehr für ihre Dauerausstellungen. Die Museen sollten zu Treffpunkten und Orten der Begegnung werden, sagte eine Sprecherin der Stadt der Deutschen Presse-Agentur. „Darum gehen die Kulturbetriebe der Stadt Dortmund ihren bereits beschrittenen Weg zur Öffnung und Belebung der Häuser konsequent weiter.“ Der Rat der Stadt hatte die veränderte Entgeltordnung Mitte November beschlossen.

Ohne zu bezahlen, kommen Besucher in das Museum Ostwall, das Museum für Kunst und Kulturgeschichte, das Brauerei-Museum, das Hoesch-Museum, das Westfälische Schulmuseum, das Kindermuseum Adlerturm und nach der Wiedereröffnung auch in das Naturkundemuseum, das derzeit saniert wird. Alle Häuser hatten 2017 zusammengenommen mehr als 110 000 Besucher in Dauer- und Wechselausstellungen.

Im Essener Folkwang Museum zahlen Besucher seit Juni 2015 nichts für die Dauerausstellung mit berühmten Gemälden von van Gogh, Renoir und Gauguin. Mehr als doppelt so viele Besucher als zuvor kämen jährlich, teilte das Museum mit. Die entgangenen Einnahmen gleicht die Krupp-Stiftung fünf Jahre lang aus.

Auch der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) arbeitet am Eintritt: Von April 2019 an haben Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren freien Eintritt in die 18 Museen. Die Zahl der minderjährigen Besucher gehe jedes Jahr um rund 7400 zurück, hatte der LWL erklärt. Die entfallenden Einnahmen von jährlich 636 000 Euro sollen durch höhere Ticketpreise für Erwachsene ausgeglichen werden.

Internet:

- Überblick Dortmunder Museen <http://dpaq.de/YUIdY>

Bürger wollen Frankfurt eine neue Oper bauen

Frankfurt/Main (dpa) – Einflussreiche Bürger wollen für die Stadt Frankfurt eine neue Oper bauen – mit dem Vorschlag hat die Stiftung Anfang Dezember für Furore gesorgt. Im Januar will die Gruppe ihre Initiative nun offiziell dem Magistrat vorstellen. „Wir machen der Stadt ein Angebot“, sagte der Sprecher der Bürgerstiftung Neue Oper Frankfurt, Martin Wentz, der Deutschen Presse-Agentur. Die derzeitige Theaterdoppelanlage von Schauspiel und Oper gilt als marode. Ein umfangreiches Gutachten hat die Kosten für eine Sanierung auf fast 900 Millionen Euro geschätzt.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - KULTURPOLITIK

Die Stiftung will 50 Millionen Euro etwa durch Spenden als Eigenkapital auftreiben. Den Rest der geschätzten Baukosten von 240 Millionen Euro will die Gruppe mit Darlehen finanzieren. Das Grundstück müsste die Stadt dem Bauherren per Erbbaupertrag überlassen. Die Oper wäre in dem Neubau dann Mieter. Die Stiftung könne die Oper viel schneller und kostengünstiger bauen, da sie anders als die Stadt nicht dem öffentlichen Vergaberecht unterliege, betont Stadtplaner Wentz. Er war früher Planungsdezernent der Stadt.

Opern-Intendant Bernd Loebe favorisiert einen Neubau. „Logistisch wäre das die unkomplizierteste Lösung“, sagte Loebe der dpa. „Wir könnten hier spielen, bis das neue Haus fertig ist, und dann ziehen wir in ein neues Gebäude.“ Das würde aber bedeuten, dass der Neubau an einem anderen Ort errichtet werden müsste.

Förderung für Kinos auf dem Land

Berlin (dpa) – Mit dem neuen „Zukunftsprogramm Kino“ will die Bundesregierung zusammen mit den Bundesländern Kinos im ländlichen Raum unterstützen. So steht es im Koalitionsvertrag. Zum Start der Förderung sind bislang zwei Millionen Euro im Gespräch, sagt Fabian Schauern vom Bundesverband kommunale Filmarbeit (BkF). Wann genau das Programm anläuft, sei derzeit aber noch nicht bekannt.

„Kino ist ein wichtiger Standortfaktor, wir wünschen uns daher eine strukturelle Förderung nach inhaltlichen Kriterien“, so der Verbandsgeschäftsführer. Die Forderung des Verbands: Erhalt der Kinolandschaft und Filmkultur in ihrer ganzen Vielfalt, vor allem auch von anspruchsvollen Programmen und Kinos in der Fläche. Knackpunkt: Wo fängt der ländliche Raum an und wo hört er auf? „Eine Bemessung allein nach Einwohnerzahlen ist nicht sinnvoll“, so Schauern.

Für die AG Kino-Gilde, dem Verband der deutschen Arthouse-Kinos, ist das Kino laut Vorstand Christian Bräuer im digitalen Zeitalter der Gegenpol zu Individualisierung oder gar Isolation von Menschen. Der Verband hält je 30 Millionen Euro an Bundesmitteln in den nächsten fünf Jahren für notwendig. Laut Filmförderungsanstalt (FFA) wurden im ersten Halbjahr 2018 rund 51 Millionen Kinotickets verkauft. Demnach gibt es bundesweit 1671 Spielstätten in 903 Orten..

Internet:

- Positionspapier Bundesverband kommunale Filmarbeit e.V. <http://dpaq.de/H4dJM>
- AG Kino – Gilde <http://dpaq.de/QnbZF>
- Kino-Halbjahresergebnisse 2018 FFA <http://dpaq.de/FObZS>

BERUF UND WEITERBILDUNG

Raus aus der Hartz-Falle – neues Bundesgesetz

Dortmund (dpa) – Seit 2005 gibt es Hartz IV, Andrea Gumprich (48) ist vom ersten Tag an dabei. Die Dortmunderin mit einem schwachen Abschluss als Schneiderin, Rückenproblemen und einer abgebrochenen PTA-Fortbildung lebt seit vielen Jahren von aktuell 416 Euro Hartz-Regelleistung im Monat – trotz vieler Anläufe, Ein-Euro-Jobs und Umschulungen. Jetzt bekommt sie eine neue Chance. Sie zählt zu den ersten Bewerbern, die über das gerade verabschiedete Teilhabechancengesetz eine neue Stelle gefunden haben – als Bürohilfe bei einem expandierenden Dortmunder Cateringbetrieb. Am 7. Januar ist ihr erster Tag. „Ein wundervolles Weihnachtsgeschenk“, sagt sie.

Das neue Bundesgesetz wurde extra für Bewerber wie Andrea Gumprich gemacht: Leistungen bekommt nur, wer sieben Jahre nicht oder nur sehr kurz regulär beschäftigt war, und wer schon sechs Jahre in Hartz IV steckt – kurz, die Fälle, für die es kaum noch Hoffnung gibt auf dem Arbeitsmarkt. Der Staat zahlt fünf Jahre lang den Lohn – die ersten zwei Jahre 100 Prozent, dann jedes Jahr 10 Prozentpunkte weniger. Übernahmen ohne Förderung sind das Ziel.

Frank Neukirchen-Füßers, der Leiter des Dortmunder Jobcenters – fünftgrößtes in Deutschland – hat als Praktiker viele Jahre für ein solches Gesetz gekämpft. „Programme für soziale Teilhabe gab es immer“, sagt er. Aber fast alle basierten auf gemeinnütziger, zusätzlicher Arbeit.

Neu: Stellen , die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden

In Dortmund führen etwa Programmteilnehmer Friedhofsbesucher mit kleinen Elektroautos zu den Gräbern, um ihnen die langen Wege zu ersparen. Viele Angebote seien schön und wünschenswert gewesen, aber ohne ausreichende Nachfrage im allgemeinen Markt, sagt Neukirchen-Füßers. „Nach dem Ende der Förderung kam fast immer der Bruch.“

Das soll jetzt grundsätzlich anders werden, denn das neue Gesetz zielt auf Stellen, die im Markt gebraucht werden. Die lange Förderung soll den Bewerbern genug Zeit geben, in die Aufgaben hineinzuwachsen. Außerdem ist intensives Coaching im Gesetz mitfinanziert – für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das kann noch vor dem ersten Arbeitstag bei der Organisation der Kinderbetreuung für die neue Mitarbeiterin anfangen. Oder dem Chef mit konkreten Tipps helfen, wenn er ins Grübeln gerät, ob der neue Mann den Job wirklich schafft.

Der zunehmende Arbeitskräftemangel in vielen Berufen hilft, auch die Schwächeren mitzunehmen. Andrea Gumprichs neuer Chef Jürgen Mohr

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

sucht beispielsweise aktuell sieben bis acht Beschäftigte für seinen Cateringbetrieb. Vor drei Jahren hat er mit zwei Leuten angefangen, jetzt arbeiten 37 Menschen in dem Betrieb. „Ich brauche Leute, die mich entlasten – und zwar dauerhaft“, sagt er.

In Andrea Gumprichs Fall soll das im Büro sein – zunächst mit Ablage und Telefon, später mit immer mehr Aufgaben bis hin zum Schreiben von Rechnungen. „Wenn sie länger braucht – kein Problem. Sie hat alle Zeit der Welt, das zu lernen.“

Das macht Gumprich Mut. Die 48-Jährige hat schon in vielen Stellen versucht, schnell mit zu schwimmen – etwa als Büroassistentin in einer Grundschule, bei der Caritas oder in einer Geschenkeladen-Kette. Es brauche schlicht Zeit, neue Abläufe zu lernen – vor allem, wenn man jahrelang aus dem Arbeitsleben heraus sei, sagt Fachmann Neukirchen-Füßers.

Andrea Gumprich mit ihrer 37-Quadratmeter-Wohnung und ihren vier Katzen hat viele Jahre jeden Cent umgedreht. Ab Januar soll das etwas besser werden: Der Caterer zahlt zehn Euro Stundenlohn Minimum und die Stelle ist auf Vollzeit ausgelegt. Wichtiger als das Geld ist der 48-Jährigen aber die Anerkennung: „Ich will wieder merken, dass ich gebraucht werde. Und ich will nicht mehr blöd angeguckt werden, weil ich ja doch nur Stütze kassiere.“

Rolf Schraa (Dortmund)

Branche: Brauchen mehr Frauen im Bereich Künstliche Intelligenz

Berlin (dpa) – Nur 16 Prozent der Jobs im Bereich Künstliche Intelligenz sind in Deutschland mit Frauen besetzt. Das hat das Weltwirtschaftsforum (WEF) ermittelt. Um mehr Frauen für Künstliche Intelligenz zu begeistern, hält die Branche einen Imagewandel für notwendig. Bisher würden sich nur wenige Frauen auf Jobs bewerben, sagte die Chefin der visuellen Suchmaschine Nyris, Anna Lukasson-Herzig, der Deutschen Presse-Agentur.

„Sie verbinden keine schöne Arbeitsatmosphäre mit diesen Jobs.“ Viele Frauen hätten Vorurteile: „Lauter komische Männer sitzen vor vielen Monitoren, im Keller, haben Headphones an, keiner spricht miteinander, keiner lacht“, sagte Lukasson-Herzig. „Da hat kein Mädels Bock drauf. Da müssen wir raus und dann haben sie auch Lust, mitzumachen.“

Zudem trauten sich viele Frauen einfach nicht, sich für Jobs rund um Künstliche Intelligenz zu bewerben. Die Ursache dafür liege häufig bereits

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

in der Kindergartenzeit. Nötig sei eine gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung, forderte Lukasson-Herzig. „Wir müssen alle weiter daran arbeiten, dass Mädchen kein Blödsinn eingeredet wird.“

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) hatte die große Lücke zwischen Männern und Frauen in der KI jüngst als einen Grund dafür angeführt, dass die Geschlechtergerechtigkeit hierzulande nicht vorankomme.

„Es muss die Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppen sein, dieses Defizit zu mindern. Das fängt in der Schule an und geht über die Universitäten bis hin in die Betriebe“, sagte der Chef des Bundesverbands Künstliche Intelligenz, Jörg Bienert. Der Verband fordert, Informatik bereits von der 3. Klasse an als Pflichtfach in der Schule einzuführen, da das Interesse für Technik bereits in der frühen Kindheit geweckt werden könne.

Eine Quotenregelung ist für die Branche aber kein Thema. „Ich glaube generell begrenzt daran, dass Quoten oder erzwungene externe Maßnahmen zweckführend sind“, sagte die Chefin des Berliner Datenanalyse-Start-ups Anacode, Janna Lipenkova. „Vielmehr sollte man insbesondere in der Ausbildung Wert darauf legen, auch Frauen den gesamten Horizont der Möglichkeiten zu eröffnen und ihnen das nötige Selbstbewusstsein auf den Weg zu geben, ihr Potenzial voll zu entfalten.“

Benedikt von Imhoff (Berlin)

Handwerk: Gut ausgebildete Flüchtlinge nicht abschieben

Berlin (dpa) – Das Handwerk setzt gegen den Fachkräftemangel auch auf gut ausgebildete Flüchtlinge. „Es gibt viele geduldete Asylbewerber, die bereits in Deutschland sind und hier arbeiten oder eine Ausbildung machen“, sagte Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. „Das sind dann genau die Facharbeiter, die wir brauchen, die gut integriert sind und Deutsch sprechen. Und warum sollen wir die zurückschicken? Das sind die Falschen, die wir abschieben. Die, die wir brauchen können, sollten wir auch hier behalten. Alles andere wäre wirklich Irrsinn.“

Das Handwerk bilde in diesem Jahr rund 16 000 Flüchtlinge aus den acht häufigsten Asylländern aus, 2017 hätten sich rund 11 000 Flüchtlinge in einer Ausbildung befunden. „Aus eigener Erfahrung und auch von dem, was ich höre, weiß ich, dass sie in den Handwerksbetrieben oft sehr beliebt sind und sich enorm engagieren. Die sind sich bewusst, dass das eine

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

einmalige Chance ist, die man ergreifen muss“, sagte der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

Das Bundeskabinett hatte neue Regeln beschlossen, um mehr Fachkräfte nach Deutschland zu locken. Zugleich sollen neue Perspektiven für gut integrierte abgelehnte Asylbewerber geschaffen werden – so sollen abgelehnte Asylbewerber, die nur einen Duldungsbescheid haben, einen sichereren Aufenthaltstitel erhalten können. Die Unionsfraktion hatte aber Nachbesserungsbedarf angemeldet.

Wollseifer begrüßte die Pläne: „Um den Fachkräftebedarf zu decken, ist eine gesteuerte, am Arbeitsmarkt orientierte Einwanderung unerlässlich.“ Handwerksbetriebe fänden auch angesichts einer brummenden Konjunktur zunehmend nicht mehr genügend Personal. Unternehmen könnten deswegen Aufträge nicht mehr annehmen. Das Handwerk brauche praktikable Lösungen bei der Suche und Gewinnung qualifizierter ausländischer Facharbeiter. „Wir schlagen vor, Migrationsabkommen mit Ländern abzuschließen, die ein vergleichbares Bildungssystem haben, etwa auf dem Balkan. Da könnten wir andocken.“

Internet:

- BMAS zu Fachkräftestrategie <http://dpaq.de/NymP3>
- BMI: Ausländische Fachkräfte als Bereicherung für unser Land <http://dpaq.de/pjFou>

200 Stipendien für neue Landärzte vergeben

München (dpa) – Das bayerische Gesundheitsministerium hat inzwischen mehr als 200 Stipendien an zukünftige Landärzte vergeben. „An dem Stipendienprogramm nehmen voraussichtlich bis zum Jahresende 204 Medizinstudierende teil“, erklärte Ministerin Melanie Huml (CSU) am 28. Dezember in München. Die Nachwuchsmediziner bekommen während des Studiums ein Stipendium von 600 Euro im Monat und verpflichten sich dafür, ihre Weiterbildung im ländlichen Raum zu absolvieren und danach weitere fünf Jahre als Landarzt zu arbeiten.

Nicht nur Studenten werden vom Freistaat gefördert – auch ausgebildete Ärzte. Nach Angaben Humls wurden 488 Mediziner bei ihrer Praxisgründung auf dem Land mit bis zu 60 000 Euro unterstützt. Darunter sind 395 Hausärzte, 32 Fachärzte und 61 Psychotherapeuten. Voraussetzung dafür ist, dass sich die Mediziner in Gemeinden mit nicht mehr als 20 000 Einwohnern niederlassen. Bei Kinder- und Jugendpsychiatern liegt die Grenze bei 40 000 Einwohnern.

Bislang stellte der Freistaat nach Ministeriumsangaben 38 Millionen Euro zur Verfügung, um den Ärztemangel auf dem Land zu bekämpfen. „Diese

wertvolle Investition wollen wir auch künftig beibehalten und sogar noch weiter ausbauen“, sagte Huml.

Sinkende Bereitschaft zur Weiterbildung

Stuttgart (dpa) – Der Chef der Regionaldirektion für Arbeit sorgt sich angesichts sinkender Weiterbildungszahlen um die Innovationsfähigkeit in Baden-Württemberg. „Wir können beobachten, dass die Weiterbildungsbereitschaft sinkt“, sagte Christian Rauch im dpa-Gespräch. „Das ist strukturell nicht gut. Da fehlt es irgendwann an der Innovationsfähigkeit.“

Südwestmetall-Chef Stefan Wolf machte die gute wirtschaftliche Lage dafür verantwortlich: „Wenn die Konjunktur gut läuft, sinkt die Bereitschaft zur Weiterbildung.“ Die Menschen müssten künftig aber eine hohe Bereitschaft zur Weiterbildung mitbringen, denn im Zuge der Digitalisierung wandelten sich die Anforderungen rasant, warnte Wolf.

So sieht es auch der Chef der Regionaldirektion. In den Jahren 2013 bis 2017 ist nach den Worten von Rauch der Anteil der Beschäftigten in Berufen, die durch digitale Technik ersetzt werden können, gestiegen. „Digitalisierung bringt eine Transformation“, sagte Rauch. „Aber wir dürfen kein Angstscenario entwerfen.“ Die duale Ausbildung beispielsweise werde durch Digitalisierung nicht entwertet, sagte Rauch: „Wir haben 450 000 dual Ausgebildete, die ohne Zusatzqualifikation den Status Experte oder Spezialist haben.“

Internet:

- IAB zur Substituierbarkeit von Berufen <http://dpaq.de/H60UH>

Hamburg will Schulgeld bei Gesundheitsberufen abschaffen

Hamburg (dpa) – SPD und Grüne wollen das Schulgeld für Auszubildende in den Gesundheitsfachberufen in Hamburg abschaffen. Das sieht ein gemeinsamer Antrag der Koalitionsfraktionen in der Bürgerschaft vor. Demnach soll die Ausbildung in den Bereichen Ergotherapie, Logopädie und Physiotherapie bereits ab dem Schuljahr 2019/2020 durch Landesmittel finanziert werden, sollte eine vom Bund angekündigte Schulgeldbefreiung nicht bis Ende Mai erfolgen. Es gehe darum, dem Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen entgegenzuwirken, betonten Sprecher beider Fraktionen am 21. Dezember.

FORSCHUNGSPOLITIK

Nasa-Sonde „New Horizons“ trifft „Ultima Thule“

Washington (dpa) – Raumfahrtgeschichte hat „New Horizons“ schon jetzt geschrieben. Im Juli 2015 flog die etwa Klavier-große und rund 500 Kilogramm schwere Sonde der US-Raumfahrtbehörde Nasa als erster irdischer Flugkörper am Zwergplaneten Pluto vorbei – und lieferte Wissenschaftlern einen Schatz an Bildern und Daten. „Es war ein kleiner Schritt für „New Horizons“, aber ein gigantischer für die Menschheit“, jubelte Missionschef Alan Stern danach und der damalige Nasa-Chef Charles Bolden schwärmte von einem „phänomenalen Tag“ und einem „historischen Meilenstein“.

Aber der Pluto war „New Horizons“ nicht genug. In mehr als drei Jahren ist die Sonde seitdem etwa 1,6 Milliarden Kilometer weitergeflogen – und nun steht das nächste historische Rendezvous an: Am 1. Januar gegen 6.30 Uhr MEZ, während an vielen Orten der Welt das neue Jahr begrüßt wird, soll „New Horizons“ an einem Objekt im sogenannten Kuipergürtel vorbeifliegen – ebenfalls als erster irdischer Flugkörper. Es wäre das bislang am weitesten von der Erde entfernte Rendezvous einer Sonde mit einem Himmelskörper in der Raumfahrtgeschichte – in einer Entfernung von rund 6,5 Milliarden Kilometern.

„(486958) 2014 MU69“ hieß das Objekt bislang – und weil sich das niemand merken oder aussprechen kann, hat die Nasa ihm mithilfe einer Online-Umfrage nun erstmal den Spitznamen „Ultima Thule“ gegeben. Nach dem Vorbeiflug will die Nasa dem Himmelskörper gemeinsam mit der Internationalen Astronomischen Union einen dauerhaften Namen geben.

Erkenntnisse über das bisher unbekannte Objekt erwartet

Über „Ultima Thule“ ist bislang nur extrem wenig bekannt – noch nicht einmal, ob es sich dabei um ein oder mehrere Objekte handelt. „Wir erwarten, dass es der am besten erhaltene planetare Baustein ist, den wir je erkundet haben“, sagt Missionschef Stern. „Ultima Thule“ sollte ein wertvolles Fenster in die frühe Zeit der Planetenformation und dem Zustand des Sonnensystems vor mehr als 4,5 Milliarden Jahren sein.“

Das „New Horizons“-Team hat die vergangenen Wochen damit verbracht, intensiv nach möglichen Gefahren für die Sonde wie etwa Monde oder Gesteinsbrocken in der Umgebung des Objekts zu suchen, konnte aber grünes Licht geben. Damit kann „New Horizons“ nun sogar noch dreimal näher an „Ultima Thule“ vorbeifliegen als an Pluto – in einer Entfernung von rund 3500 Kilometern und mit 51 500 Kilometern pro Stunde. Die Kommunikati-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

on mit der Erde dauert rund zwölf Stunden, aber etwa zwölf Stunden nach dem Vorbeiflug erwartet die Nasa dann auch schon Fotos und erste Daten.

Die rund 700 Millionen Euro teure „New Horizons“-Mission hat schon einiges hinter sich. Im Januar 2006 war die Sonde vom Weltraumbahnhof Cape Canaveral im US-Bundesstaat Florida gestartet, 2006 an der Umlaufbahn des Mars vorbeigeflogen und hatte kurz darauf einen kleinen Asteroiden entdeckt, der später „APL“ getauft wurde. 2007 hatte sie sich dem Jupiter auf rund 2,3 Millionen Kilometer genähert, 2008 die Umlaufbahn des Saturn durchquert, 2011 die des Uranus und 2014 die des Neptun.

2015 stand dann das mit Spannung erwartete Treffen mit Pluto an – und auch nach „Ultima Thule“ dürfte noch nicht Schluss sein. Geht alles glatt, würde die Nasa „New Horizons“ gerne noch zu weiteren Objekten im Kuipergürtel schicken. Diese ringförmige Region enthält nach Schätzungen von Wissenschaftlern zigtausende Objekte.

„Der Vorbeiflug an „Ultima Thule“ wird schnell, herausfordernd, und er wird neues Wissen bringen. Weil es die am weitesten entfernte Erforschung von etwas in der Geschichte der Menschheit ist, wird es auch historisch“, sagt Missionschef Stern. „Was „Ultima Thule“ enthüllen wird? Niemand weiß es. Das ist das Aufregendste für mich – pure Erforschung und fundamentale Wissenschaft!“

Christina Horsten (New York)

Internet:

- Informationen der Nasa <http://dpaq.de/2yT4E>

Neue Pläne für das Antarktis-Gewächshaus

Bremen (dpa) – Eisige Einöde und Temperaturen von bis zu minus 45 Grad: Ein Jahr lang hat der Raumfahrt-Ingenieur Paul Zabel Gemüse unter Extrembedingungen in der Antarktis angebaut. Möglich gemacht hat das ein neuartiges Gewächshaus, das in der Zukunft auch Raumfahrer auf Mond und Mars versorgen könnte. Inzwischen ist Zabels Mission als Antarktis-Gärtner beendet. Auch das Gewächshaus macht zurzeit eine Pause. Doch im neuen Jahr soll dort wieder frisches Grünzeug sprießen – diesmal allerdings ferngesteuert.

Etliche Kilo Salat, Gurken und Tomaten konnte Zabel in den vergangenen Monaten in dem Spezial-Container ernten. Dort wuchsen die Pflanzen auf einer Anbaufläche von 13 Quadratmetern ohne Erde, Tageslicht und Pestizide. Wie gut das funktioniert hat, wollen die Forscher in den kommenden

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Monaten auswerten. Die Ergebnisse sollen voraussichtlich im Mai vorliegen. Für Projektleiter Daniel Schubert vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Bremen ist das Experiment jetzt schon ein Erfolg. „Unsere Erwartungen haben sich erfüllt. Wir haben genug Essen für alle produziert.“

Dank des Gewächshauses bekamen die Polarforscher der 400 Meter entfernten Neumayer-III-Station regelmäßig frisches Gemüse auf den Teller. Im antarktischen Winter sind sie von der Außenwelt abgeschnitten und müssen normalerweise monatelang von Vorräten leben. Kulinarisch waren Salat & Co also eine absolute Bereicherung, aber hatte das auch eine positive Wirkung auf ihre Stimmung? Um das herauszufinden, hat die Besatzung in den vergangenen Monaten spezielle Fragebögen ausgefüllt, die ebenfalls bis Mai ausgewertet sein sollen.

Wachstum der Pflanzen soll von Bremen ferngesteuert werden

Im Januar werden sechs Forscher erneut in die Antarktis fliegen, um das Gewächshaus umzubauen. „Wir werden alles rausreißen“, sagte Schubert. Das Team soll außerdem kaputte Geräte reparieren und neue Instrumente installieren. Danach soll es neue Pflanzen säen – diese sollen aber erstmal auf dem Trockenen bleiben. „Wir werden versuchen, den Container komplett aus Bremen zu steuern“, sagte Schubert.

Mit einem Knopfdruck aus dem Kontrollraum sollen die Samen dann später Wasser bekommen, keimen und selbstständig gedeihen. Die Polarforscher sollen erst für die Ernte das Gewächshaus betreten müssen. Ähnlich sehe das Szenario bei einer echten Raumfahrtmission aus, erläuterte Schubert. Während die Astronauten auf dem Weg zum Mars sind, könnte man von der Erde aus dort bereits die Gemüsezucht starten. „Wenn die Astronauten ankommen, soll das Gewächshaus schon in voller Blüte stehen.“

Irena Güttel (Bremen)

Internet:

- Homepage vom DLR-Projekt <http://dpaq.de/Zlwjx>

Hacker-Appell für freien Zugang zu Forschungsergebnissen

Leipzig (dpa) – Mit der Forderung nach einem ungehinderten Zugang zu allen Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung hat in Leipzig der Hackerkongress des Chaos Computer Clubs (CCC) begonnen. Das gegenwärtige Ringen zwischen Wissenschaftlern in Deutschland und großen Verlags-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

häusern um „Open Access“ – also einen kostenfreien Zugang zu Publikationen – finde weltweit Beachtung, sagte die Bibliothekswissenschaftlerin am Forschungszentrum Jülich, Claudia Frick, am 27. Dezember auf dem „Chaos Communication Congress“.

Die Debatte hat in der vergangenen Woche neue Brisanz erhalten, nachdem die Max-Planck-Gesellschaft beschlossen hatte, den Vertrag mit dem internationalen Wissenschaftsverlag Elsevier Ende dieses Jahres auslaufen zu lassen und gemeinsam mit den Hochschulen in Deutschland eine Initiative für den ungehinderten Zugang zu Publikationen voranzutreiben.

Diese Open-Access-Initiative namens Deal wird von der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen getragen. Während die Gespräche zwischen Elsevier und dem Deal-Projekt im Juli 2018 im Streit um die Konditionen ausgesetzt wurden, dauern sie mit den Wissenschaftsverlagen Springer und Wiley weiter an.

„Wir müssen die Paywall zu wissenschaftlichen Publikationen niederreißen“, forderte Frick. Angesichts von Herausforderungen wie dem Klimawandel komme es wie nie zuvor auf eine breite Diskussion über Forschungsergebnisse an. Wenn 72 Prozent der wissenschaftlichen Publikationen nur für viel Geld zugänglich seien, schade das der gesellschaftlichen Entwicklung. In der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Bibliotheken sieht Frick ein großes Potenzial, um das bisherige System für Publikationen zu reformieren, ohne dabei die für wissenschaftliche Veröffentlichungen unabdingbare Qualitätskontrolle einzuschränken.

Internet:

- Programm des 35c3 <http://dpaq.de/CtmGt>

HOCHSCHULE

Chancengleichheit für blinde Studenten

Dresden (dpa) – In Vorlesungen an der Technischen Universität in Dresden gehen Robert Schindler und Sedef Kaya nur selten. Das macht sie aber nicht zu schlechten Studenten. Es bringt ihnen einfach nicht viel, mit ihrer Sehbehinderung hinzugehen. Kaya studiert Psychologie im Master. Zweimal in eine Vorlesung zu gehen, reicht ihr manchmal schon: „In der ersten Veranstaltung wird die Gliederung aufgezeigt, und da weiß ich schon, okay, in die Richtung geht's, und kann mir schon meinen Plan machen. Und dann gehe ich zur Fragestunde in der letzten Vorlesung vor der Klausur.“

Damit das Lernen zwischendurch klappt, sind die beiden auf barrierefreies Material aus den Veranstaltungen angewiesen. Besonders schwierig wird es, wenn ein Dozent viele Bilder oder Videos benutzt. Die Arbeitsgruppe Studium für Blinde und Sehbehinderte übernimmt nach eigenen Angaben die komplette Organisation rund um das barrierefreie Material. Um Bilder und Videos für Sehbehinderte aufzubereiten, müssen sie bis ins kleinste Detail beschrieben werden. Das koste viel Zeit, vor allem dann, wenn es um Tabellen und Grafiken geht.

Beschreibung von Bildern und Videos kostet viel Zeit und Arbeit

Laut der Gruppe schicken Dozenten ihre Vorlesungen vorab an sie. Das klappe allerdings nicht immer. Wenn dann auch noch viele Bilder und Videos zu beschreiben sind, erhielten die sehbehinderten Studenten erst spät das Material. Die barrierefreie Fassung wird auf einer Internetseite für die Studenten aufbereitet. Diese können sich den Inhalt anschließend vorlesen oder über eine spezielle Tastatur in Blindenschrift ausgeben lassen.

Schindler kennt das Problem mit den Bildbeschreibungen. Er hatte in einem Semester mal mehr als 500 Bilder in einer Vorlesung. „Und dann kann das ganz schnell mal passieren, dass eine Bildbeschreibung über eine Seite lang wird“, erzählt der Informatik-Student.

Studentische Hilfskräfte erledigen die Arbeit und müssen dafür erst einmal geschult werden. Das ist der Job von Anja Winkler. Sie ist Pädagogin an der Universität und selbst sehbehindert. Gemeinsam mit der Arbeitsgruppe setzt sie sich dafür ein, solchen Menschen das Studentenleben zu erleichtern.

Studenten müssen das Angebot aber nicht nutzen, sie können auch auf eigene Faust studieren. Manche würden lieber selbstständig bleiben wollen, anstatt sich von der Gruppe helfen zu lassen. „Das funktioniert, aber das funktioniert mit sehr viel Kampf“, sagt die Pädagogin dazu.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - HOCHSCHULE

Zurzeit betreut Winkler 26 sehbehinderte Studenten in 16 Fachrichtungen. Auch sie weiß, dass Bilder und Videos viel Arbeit machen. Einmal schickte sie einer Professorin eine Bildbeschreibung zu. „Sie meinte: Oh Gott, jetzt verstehe ich erst mal, was für einen Aufwand Sie da haben“, erzählt sie.

Das Thema Urheberrecht erschwere es ebenfalls, barrierefreies Material anzubieten. Die benötigten Bücher für Vorlesungen müssten zum Beispiel eingescannt werden, damit sehbehinderte Studenten sie nutzen können. Dafür braucht man allerdings die Erlaubnis des Verlags. Die bekommt man laut der Gruppe auch fast immer, aber bis das bewilligt ist, kann es schon bis zu zwei Monate dauern.

Betroffenen Studenten müssen Anträge stellen

Winkler überprüft die Arbeit der studentischen Hilfskräfte auf Fehler und Verständlichkeit. „Ich muss eine ganz hohe Qualität produzieren, damit Studierende genauso studieren können, wie alle anderen auch, und das gleiche Material vorliegen haben“, sagt sie.

Zu Beginn ihres Studiums stellen Studenten einen entsprechenden Antrag und erhalten so Chancengleichheit. Zum Beispiel bekommen sie laut Winkler bei Prüfungen mehr Zeit, eine barrierefreie Fassung, und sie dürfen in einem gesonderten Raum schreiben. So blieben sie ungestört, auch wenn die Kommilitonen schon fertig sind.

Doch mehr Zeit sei nicht immer hilfreich für sehbehinderte Studenten. Wenn eine normale Prüfung schon vier Stunden gehe, müssten sie fast doppelt so lange in der Universität verbringen – das ermüdet und bringt zusätzlichen Stress. In solchen Fällen könnten Studenten auch mit den Dozenten darüber reden, ob Aufgaben weggelassen oder gekürzt werden, sagt Kaya.

Die Arbeitsgruppe bedeutet Schindler und Kaya viel. Ohne sie hätten sie nicht in Dresden studiert. „Das ist schon sehr sinnvoll, dann auch diese Materialien lesen zu können, und sich nicht beispielsweise auf irgendwelche Bücher, die man vielleicht im Internet barrierefrei findet, beziehen zu müssen“, sagt Schindler. Das sieht Kaya genauso: „Für mich ist das eine Erleichterung.“

Sven Braun (Dresden)

Uniklinikum Augsburg geht 2019| an den Start

Augsburg (dpa) – Vom 1. Januar an hat Bayern ein sechstes Universitätsklinikum. Zu diesem Zeitpunkt geht das bislang kommunale Augsburger

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - HOCHSCHULE

Krankenhaus in die Trägerschaft des Freistaats über und wird ein Uniklinikum. Der Festakt dazu ist am 9. Januar geplant.

Bayern baut derzeit die sechste Medizinfakultät des Landes auf. Dort sollen einmal rund 100 Medizinprofessoren etwa 1500 Studenten ausbilden. Bislang hatte der Freistaat Medizinfakultäten an den beiden Münchner Unis, in Regensburg, Erlangen und Würzburg.

In Augsburg soll in den nächsten Jahren neben dem Klinikum ein neuer Campus mit einer Größe von fast 14 Hektar entstehen. Die gesamten Investitionskosten für das Projekt dürften in den Milliardenbereich gehen. Nachdem vor wenigen Wochen in Augsburg der Studiengang Medizinische Informatik gestartet ist, werden die ersten Humanmedizin-Studenten zum Wintersemester 2019/2020 erwartet. Umweltmedizin und Medizininformatik werden die beiden Forschungsschwerpunkte der neuen Fakultät sein.

Das Klinikum hat nach Angaben der Stadt mehr als 5000 Mitarbeiter und rund 1730 Betten, pro Jahr würden etwa eine Viertelmillion Patienten behandelt. Die bisherigen Träger – Stadt und Landkreis – hatten Jahrzehnte lang versucht, die Landesregierung von einer Uniklinik in Augsburg zu überzeugen. Erst der damalige Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) versprach dann im Jahr 2009 die Umwandlung.

Nach einer Studie der IHK Schwaben könnte die neue Uniklinik in der Region rund 6500 neue Jobs schaffen. Die Kommunen sparen durch die Umwandlung beim laufenden Betrieb des Großkrankenhauses, müssen aber noch Altschulden abbezahlen.

Streit hatte es immer wieder wegen der Belastung der Mitarbeiter des Klinikums gegeben. Vor einem Monat schloss die Gewerkschaft Verdi mit der Krankenhausleitung dann einen Vertrag, durch den die Pfleger entlastet werden sollen. Unter anderem ist vorgesehen, innerhalb von zwei Jahren 100 neue Pflegestellen zu schaffen.

Ulf Vogler (Augsburg)

Internet:

- Medizinfakultät Augsburg <http://dpaq.de/FZkCa>
- Infos Stadt Augsburg zur Uniklinik <http://dpaq.de/fuXCQ>

Frankfurter Städelschule wird Hochschule

Wiesbaden/Frankfurt (dpa) – Hessen erhält am 1. Januar seine 14. Hochschule: Zum Jahreswechsel wird die international renommierte Frankfurter Städelschule offiziell vom Land übernommen, wie das Kunstministe-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - HOCHSCHULE

rium in Wiesbaden am 28. Dezember mitteilte. Die traditionsreiche Kunstakademie wurde bisher von der Stadt Frankfurt in Eigenregie betrieben.

Künftig wird das Land für die Schule verantwortlich sein. Ab 2019 erhält die Schule nach Angaben des Ministeriums mehr als 4,2 Millionen Euro jährlich. Bereits seit 2016 hat Hessen seine finanziellen Zuschüsse für die Schule kontinuierlich erhöht. Die Pensionslasten und die Ausstellungshalle Portikus werden aber weiter von Frankfurt getragen.

Die Städelschule mit ihren rund 200 Studenten geht auf die Museumsstiftung von Johann Friedrich Städel aus dem Jahr 1817 zurück. Unter den Professoren waren einst Max Beckmann oder Jörg Immendorff. Derzeit gehören dazu weltweit renommierte Künstler wie Tobias Rehberger.

Kunstminister Boris Rhein (CDU) sprach von einem „bedeutenden Gewinn für die hessische Hochschullandschaft“. Mit der Städelschule werde das Lehrangebot in der Freien Kunst großartig ergänzt. Rektor Philippe Pirote betonte, dass die Autonomie der Städelschule im hessischen Hochschulgesetz verankert worden sei. Die Freie Kunst brauche offene Räume und daher absolute administrative Autonomie.

FDP fordert Hamburger Lehrstuhl „Digitalisierung und Recht“

Hamburg (dpa) – Die FDP fordert mehr Anstrengungen bei der Digitalisierung in der juristischen Ausbildung in Hamburg. Bislang seien digitale Innovationen im Studienfach Rechtswissenschaften an der Uni Hamburg Mangelware oder würden nicht angenommen, sagte die justizpolitische Sprecherin und Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Anna von Treuenfels-Frowein, der Deutschen Presse-Agentur. „So werden Programme und Lernplattformen kaum genutzt, Videos der Vorlesungen haben Seltenheitswert“, wie aus einer Senatsantwort auf ihre Schriftliche Kleine Anfrage hervorgehe.

„Die juristische Ausbildung in Hamburg ist bislang analog geprägt“, konstatierte die FDP-Politikerin. „Das muss sich dringend ändern, wenn die Juristenausbildung im 21. Jahrhundert ankommen soll: Videodateien der Vorlesungen müssen den Studenten regelmäßig zur Verfügung gestellt werden, Materialien für die Vorbereitung auf Lernplattformen abrufbar sein.“

Unzureichend sei auch das Angebot zum Thema Digitalisierung und Recht: „Zwei Veranstaltungen im Wintersemester sind der Bedeutung der Herausforderungen nicht angemessen“, sagte Treuenfels-Frowein. Bereits in den ersten Semestern müsse die frühzeitige Vermittlung der neuen Schlüssel-

qualifikationen in der juristischen Ausbildung erfolgen, um die Studenten rechtzeitig auf die Anforderungen in der Arbeitswelt vorzubereiten. „Rot-Grün muss seine Hausaufgaben machen und einen Schwerpunkt setzen: Die Universität Hamburg braucht einen Lehrstuhl „Digitalisierung und Recht“.“

Stuttgarter AfD-Politiker Merz von Uni-Seite entfernt

Stuttgart (dpa) – Die Universität Stuttgart hat den AfD-Landtagsabgeordneten Heiner Merz wegen dessen umstrittenen Äußerungen zur Frauenquote von der Uni-Homepage gestrichen. Der Name werde nicht mehr unter den Absolventen der Universität aufgeführt, sagte ein Sprecher am 27. Dezember. Die Hochschule stehe für Chancengleichheit und Vielfalt. Merz' Einlassungen seien dazu geeignet, dem internationalen Ruf der Universität in dieser Hinsicht zu schaden, lautete die Begründung. Merz kritisierte die Entscheidung: „Mich macht das sehr traurig.“ Der 55-Jährige hat nach eigenen Worten an der Universität sein Diplom gemacht und 2013 dort auch promoviert.

Auslöser für die Entscheidung ist eine vor einigen Wochen von Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) veröffentlichte E-Mail von Merz. Darin schrieb der AfD-Politiker: „Quoten nützen übrigens nur unqualifizierten, dummen, faulen, hässlichen und widerwärtigen Frauen; die Guten, bemühten und passend Qualifizierten fanden und finden ihren Weg alleine.“

Daraufhin war auf der Plattform change.org eine Petition an die Universität gestartet worden – auch zur Aberkennung von Merz' Dokortitel. Dafür fehle allerdings die rechtliche Grundlage, teilte die Uni mit. Für den Entzug des Doktorgrades müsse eine wissenschaftsbezogene Verfehlung begangen worden sein. Die Petition wurde von mehr als 40 000 Unterstützern unterzeichnet.

Internet:

- Link zur Petition <http://dpaq.de/klzsc>

SCHULE

Gymnasiallehrer fordern: Schüler sollen mehr schafkopfen

München (dpa) – Steht Schafkopf bald auf dem Stundenplan der Schulen in Bayern? Für den Bayerischen Philologenverband wäre das durchaus wünschenswert. Weniger Schüler als früher spielten inzwischen das traditionelle Kartenspiel, erklärte der Vorsitzende Michael Schwägerl. Schafkopf müsse daher an den Schulen gefördert werden. „Wir wünschen uns, dass das Kartenspiel gerade in digitalen Zeiten wieder mehr an Bedeutung gewinnt, auch in der Schule“, heißt es in einer Mitteilung des Verbandes der Lehrkräfte an Gymnasien und Beruflichen Oberschulen. Der Kultusminister zeigt sich offen.

Für Verbandschef Schwägerl ist ein Grund für die Entwicklung, dass „das Spiel in den Familien nicht mehr gespielt und damit nicht mehr gelernt wird“. Zwar gebe es Apps zum Schafkopfen, aber der Reiz liege in der Interaktion der Spieler untereinander.

In Zeiten der globalisierten Welt, so der Verbandsvorsitzende, gebe es eine Rückbesinnung auf Heimat und Tradition, dazu zählten auch Spiele wie Schafkopf. „Nicht zuletzt ist es in ganz Bayern verbreitet, vereint also Franken, Schwaben und Altbayern in Form eines Spiels und ist somit Abbild der Vielfalt und Einheit Bayerns.“

Pädagogik-Professor: Bildungsgehalt des Schafkopfens ist hoch

Unterstützung bekommt Michael Schwägerl für seine Forderung vom Augsburger Schulpädagogik-Professor Klaus Zierer. „Der Bildungsgehalt des Schafkopfs ist nicht hoch genug einzuschätzen“, erklärte er in einer Mitteilung des Philologenverbandes. Schüler könnten mit dem Kartenspiel unter anderem mathematische, soziale und strategische Kompetenzen erlernen. Für den Stundenplan wäre die Organisation eines Schafkopf-Turniers eine Möglichkeit, sagte Zierer. „Dem Bildungs- und Erziehungsauftrag wird dabei in einem umfassenden Sinn nachgekommen.“

Der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, begrüßte den Vorschlag. „Ich freue mich immer, wenn Jugendliche in den Pausen nicht am Handy rumdaddeln oder Hausaufgaben abschreiben, sondern sich miteinander beschäftigen. Das Schafkopfen kann da viel Freude bereiten und hat eine lange Tradition in Bayern“, sagte der Direktor des Robert-Koch-Gymnasiums in Deggendorf am Donnerstag dem Bayerischen Rundfunk. Das Kartenspiel könne unter anderem als Wahlfach an den Schulen angeboten werden.

Für Kultusminister Michael Piazzolo (Freie Wähler) ist Schafkopf eine gute bayerische Tradition: „Ich freue mich, wenn Schafkopf und andere bayerische Kartenspiele einen Platz im Schulleben haben – sei es in Arbeitsgemeinschaften oder bei entsprechenden Schulveranstaltungen.“

Im Schulleben gebe es verschiedene Möglichkeiten, Dialekt und regionale Kultur zu pflegen, hieß es aus seinem Ministerium. Unter anderem sei das im Wahlunterricht oder an Projekttagen möglich. Grundsätzlich liege die Entscheidung, welche Schwerpunkte beim Thema regionales Brauchtum gesetzt werden, bei den Schulen selbst.

Florian Reil (München)

Erneut mehr Unterrichtsausfall in Thüringen

Erfurt (dpa) – An Thüringer Schulen ist erneut mehr Unterricht ausgefallen. Der Anteil lag im Erhebungszeitraum im November bei 6,6 Prozent an allgemeinbildenden Schulen, wie das Thüringer Bildungsministerium am 21. Dezember mitteilte. Im Vorjahresmonat lag er noch bei 5,5 Prozent. Allerdings wird seit diesem Jahr auch sogenannte Stillarbeit, bei der sich Schüler weitgehend selbstständig mit Aufgaben beschäftigen, als Ausfall gewertet. Würde man diese herausrechnen, läge der Anstieg bei 0,5 Prozentpunkten. Der Anteil der Stillarbeit betrug nach den Angaben in diesem November 0,6 Prozent. Zeitraum der Erhebung war die letzte Novemberwoche.

Neben dem akuten Lehrermangel in Thüringen gilt die relativ hohe Zahl langzeiterkrankter Lehrer im Freistaat als ein Grund für den Unterrichtsausfall. Sie ist den aktuellen Daten zufolge erneut gestiegen. Mit 883 Lehrern lag der Anteil der für längere Zeit krankgeschriebenen Lehrer im November 2017 bei 5,1 Prozent. Im November dieses Jahres wurden dagegen 971 Lehrer mit längerfristiger Krankschreibung erfasst, was einem Anteil von 5,7 Prozent entspricht.

Der Lehrerberuf sei ein „unglaublich fordernder Beruf mit einer hohen persönlichen Verantwortung“, betonte Bildungsminister Helmut Holter (Linke). Ein Teil der Langzeiterkrankungen habe aber auch einen erfreulichen Hintergrund, denn auch Schwangerschaften werden in der Statistik als Langzeiterkrankungen erfasst – wenn die betroffenen Lehrerinnen aus medizinischen Gründen ein Beschäftigungsverbot erhalten.

5 Prozent Unterrichtsausfall an NRW-Schulen

Düsseldorf (dpa) – An den Schulen in Nordrhein-Westfalen sind im vergangenen Schuljahr 5,1 Prozent des Unterrichts ausgefallen. Ersatzlos gestrichen wurden davon 3,8 Prozent der Stunden, teilte Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) am 21. Dezember mit. 1,3 Prozent des Ausfalls wurde mit eigenverantwortlichem Arbeiten kompensiert. Damit lag der Unterrichtsausfall im Schuljahr 2017/18 höher als 2015/16, als er mit einer Stichprobenmessung auf 3 Prozent geschätzt wurde.

Für die Messung des Unterrichtsausfalls 2017/18 wurde noch eine neue und statistisch etwas genauere Methode der rot-grünen Vorgängerregierung angewendet. Alle 4600 öffentlichen Schulen mussten dabei einmal rückblickend über einen Zeitraum von zehn Unterrichtstagen Daten melden. Die Ergebnisse dieses Verfahrens ließen aber keine Aussagen zum Unterrichtsausfall an einzelnen Schulen im gesamten Schuljahr zu.

Die schwarz-gelbe Landesregierung erfasst den tatsächlichen Unterrichtsausfall jetzt noch genauer. Seit diesem Schuljahr müssen alle Schulen die ausgefallenen Stunden kontinuierlich digital dokumentieren. Dafür haben sie eine spezielle Software bekommen. Melden müssen die Schulen nicht nur den ersatzlosen Ausfall, sondern etwa auch Vertretungsstunden, Exkursionen, Projekttag und eigenverantwortliches Arbeiten.

Außerdem sollen alle Schulen einmal im Jahr zwei Wochen detailliert die Ausfallgründe und Maßnahmen erfassen. Erste Daten will das Ministerium im Laufe dieses Schuljahres zur Verfügung stellen.

Internet:

- Pressemitteilung <http://dpaq.de/650oa>

Indoor-Skateboard-Anlage in Göppingen

Göppingen (dpa) – Das Freihof-Gymnasium in Göppingen hat seit Oktober eine Indoor-Skateboard-Anlage. Nach Angaben von Sportlehrer Daniel Schindler ist es die bisher einzige schulische überdachte „Bowl“ aus Beton bundesweit. Eine „Bowl“ – auf Deutsch „Schüssel“ – ermöglicht im Gegensatz zu einer Halfpipe auch das Skaten im Rund und in Kurvenlage. Ihren Ursprung haben solche Konstrukte demnach in den 1970er Jahren, als Skater den Sport in leeren Swimmingpools ausübten.

Die Anlage am Göppinger Gymnasium geisterte als Idee bereits Jahre in Schindlers Kopf herum, wie er erzählt. Er leitet eine Trendsport-AG an der Schule. Zunächst erwiesen sich freie Schulräume wie etwa der Keller wegen der Deckenhöhe als ungeeignet. Dann wurde ein ehemaliges städtisches Archiv gegenüber frei – und eine Firma baute die elf mal sieben Me-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - SCHULE

ter große Anlage dort ein. 30 000 Euro kostete das Stadt und Schule nach Angaben von Rektor Andreas Pfletschinger.

Nun lassen es die Schüler dort im Rahmen von AG und Ganztagsbetreuung buchstäblich krachen: Das Geräusch, mit dem die Skateboards auf den Beton knallen, geht durch Mark und Bein. Die jungen Skateboarder schreckt das wenig: Bei einem „Kick Turn“, einer Drehung des Bretts, sei er auch schon mal hingefallen, sagt ein 13-Jähriger in einer Montur aus Helm, Knie- und Ellbogenschützern. „Aber das gehört dazu.“

Ein anderer ist früher nur auf ebener Fläche geskatet, wie er sagt. Der 17-Jährige kommt bei der „Bowl“ ins Schwärmen: „Hier hat man das Gefühl zu fliegen.“ Seinen Rektor konnte er bisher nicht anstecken. „Ich trau' mich da nicht rauf“, sagt Andreas Pfletschinger.

Internet:

- Freihof-Gymnasium <http://dpaq.de/Njhzs>

Weniger Schüler in Rh-Pf lernen Schreibschrift

Mainz (dpa) – An 99 Grundschulen in Rheinland-Pfalz wird keine Schreibschrift mehr gelehrt. Stattdessen setzten diese Schulen auf eine einheitliche Grundschrift, wie aus der Antwort des Bildungsministeriums auf eine Große Anfrage aus der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag hervorgeht. 20 weitere Grundschulen planen demnach aktuell die Einführung der Grundschrift.

An 683 Grundschulen wurde laut Bildungsministerium im Schuljahr 2018/19 ausschließliche die lateinische Schreibschrift und an 49 Grundschulen ausschließlich die vereinfachte Schreibschrift gelehrt. 38 Schulen erlauben nur die sogenannte Schulausgangsschrift.

Jeder zehnte Schüler in Berlin ohne Abschluss

Berlin (dpa) – Etwa jeder zehnte Schüler in Berlin verlässt die Schule ohne Abschluss. Im Schuljahr 2016/17 waren unter den rund 28 900 Abgängern rund 3000 junge Leute ohne Abschluss, wie aus dem neuen Statistischen Jahrbuch hervorgeht. Unter den wenig erfolgreichen Abgängern waren etwas mehr Schüler (rund 58 Prozent) als Schülerinnen. Das Abitur erreichte hingegen gut jeder zweite Berliner Schulabgänger (rund 14 500). Eine im Jahr 2017 veröffentlichte Studie der Caritas zeigte, dass Berlin beim Schulabschluss zu den Schlusslichtern gehört. Nur Sachsen-Anhalt stand noch schlechter da.

VORSCHULE

GEW: Gehaltslücke bei Erziehern muss weg

Berlin (dpa) – Die Bildungsgewerkschaft GEW fordert vom Berliner Senat mehr Anstrengungen, um Erzieherinnen und Erzieher besser zu bezahlen. Die Gehaltslücke im Vergleich zu anderen Bundesländern müsse geschlossen werden, um dem Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken, sagte die GEW-Landesvorsitzende Doreen Siebernik der Deutschen Presse-Agentur.

Gelegenheit dazu biete die am 21. Januar beginnende Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder. Hier stehe der aktuelle Vorsitzende der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD), in der Verantwortung.

In Berlin werden Erzieher an Kitas wie an Schulen nach dem Tarifvertrag der Länder bezahlt. In Flächenländern wie Brandenburg ist das anders: Hier richtet sich die Bezahlung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, der für den Bund und die Kommunen gilt. Dadurch verdienen Erzieher in Berlin im Durchschnitt mehrere 100 Euro weniger im Monat als ihre Kollegen in Brandenburg.

GEW: Bis 2020 rund 6200 zusätzliche Erzieher gebraucht

„Dieses Land hat einen riesigen Fachkräftemangel“, sagte Siebernik. „Es wäre unverantwortlich, das in den Tarifverhandlungen aus dem Blick zu verlieren. Wenn ich will, dass wir gute Kitas in dieser Stadt haben, muss ich die Erzieher genauso gut bezahlen wie in Strausberg oder Frankfurt/Oder. Sie machen schließlich die gleiche Arbeit.“ Berlin müsse eventuell auch eigene Lösungen umsetzen.

Laut GEW werden bis 2020 etwa 6200 zusätzliche Erzieher an Kitas und Schulen gebraucht, um den Bedarf bei gleichbleibender Qualität zu decken. Um eine „pädagogisch sinnvolle Personalausstattung“ zu erreichen, braucht es aus Sicht der Gewerkschaft allerdings schon heute doppelt so viele Fachkräfte. Aktuell arbeiten an den rund 2500 Kitas nach Angaben der Bildungsverwaltung 29 000 pädagogische Fachkräfte – auf 24 000 Vollzeitstellen. Hinzu kommen Erzieher an Schulen.

Nordosten – Nur noch das erste Kita-Kind kostet

Schwerin (dpa) – 2019 müssen Eltern in Mecklenburg-Vorpommern mit mehreren Kindern in Hort, Kindergarten oder Krippe nur noch für das Ältes-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - VORSCHULE

te bezahlen. Das entsprechende Gesetz ist erst Mitte Dezember verabschiedet worden und viele Eltern haben Fragen. Alle Kitas sowie Tagesmütter und -väter im Land haben Briefe mit den wichtigsten Informationen zur Geschwisterkind-Regelung bekommen, wie ein Ministeriumssprecher erläutert. Diese sollten sie an ihrer Informationstafel aushängen. Zusätzlich soll Anfang Januar eine Telefon-Hotline für Eltern unter 0385 588 9999 geschaltet werden. Eltern könnten sich auch direkt bei ihrem Jugendamt melden.

Wer und wie wird entlastet?

Eltern mit mehr als einem Kind in Krippe, Tagespflege, Kindergarten oder Hort haben für das zweite und für jedes weitere Kind in der Betreuung einen Anspruch auf vollständige Entlastung von den Elternbeiträgen. Dies gilt auch für Adoptiv- und Pflegeeltern. Die Elternbeiträge übernimmt das Land. Das Jugendamt ermittelt, welche Kinder von der neuen Regelung profitieren. Die Verpflegungskosten werden allerdings nicht übernommen.

Wann sind Kinder „Geschwisterkinder“?

Wenn die Geschwister mindestens einen Elternteil gemeinsam haben und in einem Haushalt leben, gelten sie bei der Elternbeitragsentlastung als Geschwisterkinder. Wenn aber zum Beispiel ein Kind bei der Mutter und eines beim Vater lebt, greift die Regelung nicht.

Müssen Eltern einen Antrag stellen?

Nein. Das zuständige Jugendamt kümmert sich um alles, so das Ministerium. Die Beitragsentlastung werde in der Rechnung an die Eltern für das erste Kind ausgewiesen. Wird der Elternbeitrag für Geschwisterkinder anfangs noch in Rechnung gestellt, soll er rückwirkend erstattet werden. Anfangs könne es zu Verzögerungen kommen, räumt das Ministerium ein.

Was passiert, wenn das erste Geschwisterkind im Lauf des Jahres nicht mehr betreut wird?

Jedes Kind, das einmal beitragsfrei war, bleibt beitragsfrei, versichert das Sozialministerium. Auch wenn das älteste Kind aus der Kindertagesbetreuung ausscheidet, bleiben jüngere Geschwisterkinder beitragsfrei. Die Geschwisterkind-Regelung gilt nur ein Jahr lang. Ab 2020 sollen die Elternbeiträge in der Kinderbetreuung in MV komplett wegfallen.

Iris Leithold (Schwerin)

URTEILE

Urteil zum Islam-Unterricht in NRW gekippt

Düsseldorf/Leipzig (dpa) – Die Zukunft des islamischen Religionsunterrichts in Nordrhein-Westfalen ist nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts offen. Die höchsten deutschen Verwaltungsrichter hatten ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster aufgehoben. Das OVG muss jetzt erneut prüfen, ob der Zentralrat der Muslime (ZMD) und der Islamrat Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes sind (Az.: 6 B 94.18). Das OVG hatte das verneint. Sollte es zu nun zu einem anderen Schluss kommen, könnten ZMD und Islamrat einen Anspruch auf Religionsunterricht nach ihren Grundsätzen haben.

Zudem läuft mit Ende dieses Schuljahres eine Übergangsregelung aus, mit der seit 2012 in NRW islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften schrittweise eingeführt wurde. Die Landesregierung arbeite „bereits intensiv an der Zukunft des islamischen Religionsunterrichts“, teilte eine Sprecherin des Schulministeriums am 27. Dezember mit. Bis zum Ende des Schuljahres solle geklärt werden, „auf welcher Grundlage zukünftig islamischer Religionsunterricht angeboten werden kann“. Islamischer Religionsunterricht wird derzeit an rund 250 Schulen in NRW erteilt. Daran nehmen etwa 20 000 Schüler teil.

BGH: Keine Veröffentlichung von Bildern aus Museum bei Foto-Verbot

Karlsruhe (dpa) – Spricht ein Museum ein Fotografierverbot aus, dürfen Besucher keine eigenen Bilder von Gemälden aufnehmen und diese ins Internet stellen. Das hat der BGH am 20. Dezember in einem Fall aus Mannheim entschieden. Ein Mann hatte im Jahr 2007 Gemälde im Reiss-Engelhorn-Museum fotografiert sowie Fotos aus einem Katalog gescannt und alles bei Wikipedia hochgeladen. (Az.: I ZR 104/17)

Nach der Entscheidung des I. Zivilsenats verstieß der Mann mit den gescannten Bildern gegen das Urheberrecht. Der Fotograf, der die Bilder für die Publikation des Museums aufgenommen hatte, übertrug diesem die Veröffentlichungsrechte. Die Fotos selbst genießen nach Angaben des Vorsitzenden Richters Thomas Koch Lichtbildschutz. Denn der Fotograf treffe eine Reihe von gestalterischen Entscheidungen, zu denen Standort, Entfernung, Blickwinkel, Belichtung und Ausschnitt gehörten.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - URTEILE

Mit den eigenen Fotos habe der Mann gegen das vertraglich vereinbarte Fotografierverbot im Museum verstoßen. Benutzungsordnung und Piktogramme mit einem durchgestrichenen Fotoapparat seien Teile des privatrechtlichen Besichtigungsvertrags. „Das sind wirksame Allgemeine Geschäftsbedingungen“, sagte Koch. Sie stellen nach Überzeugung des Senats keine unangemessene Benachteiligung der Museumsbesucher dar. Ein Fotografierverbot diene dem ordnungsgemäßen Museumsbetrieb.

Wikimedia: Kunst und Kultur sollten frei zugänglich sein

Wikimedia, der Verein hinter Wikipedia, reagierte enttäuscht auf das Urteil. Wenn urheberrechtsfreies Kulturerbe mittels Fotorechten unter Verschluss gehalten werden könne, gebe es keine digitale Gemeinfreiheit in Deutschland. Wikimedia sehe in der Klage ein sehr problematisches Verständnis des öffentlichen Auftrags staatlich-geförderter Kulturinstitutionen. „Museen sollten alles daran setzen, Kunst und Kultur der vergangenen Jahrhunderte so leicht zugänglich zu machen wie möglich“, teilte der Leiter Politik & Recht bei Wikimedia, John Weitzmann, mit.

Die Gemälde des Reiss-Engelhorn-Museums selbst sind gemeinfrei, das heißt, sie unterliegen 70 Jahre nach dem Tod der Künstler nicht mehr dem Schutz des Urheberrechts.

Bereits in den Vorinstanzen hatte das Museum mit seiner Unterlassungsforderung Recht bekommen. Dagegen war der Mann, der ehrenamtlich für das Internet-Lexikon Wikipedia tätig ist, in Revision gegangen. In einem früheren Urteil zu Fotos von den Preußischen Schlössern und Gärten hatte der V. Zivilsenat des BGH entschieden, dass Aufnahmen von außerhalb ohne Genehmigung zulässig sind.

Arbeitnehmer dürfen über Altersgrenze hinaus arbeiten

Erfurt (dpa) – Betriebliche Vereinbarungen, die eine Weiterarbeit von Arbeitnehmern über die Regelaltersgrenze hinaus ermöglichen, sind nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts rechtmäßig. Die Regelung im Sozialgesetzbuch VI, die solche Vereinbarungen ermögliche, genüge den verfassungsrechtlichen Vorgaben und sei nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs von Februar 2018 mit EU-Recht vereinbar. Das entschied das Bundesarbeitsgericht am 19. Dezember in Erfurt (7 AZR 70/17).

Geklagt hatte ein Berufsschullehrer aus Niedersachsen, der nach Erreichen der Regelaltersgrenze aufgrund einer Vereinbarung mit seinem Arbeitgeber noch befristet für fünf Monate weiter arbeiten sollte. In dieser Zeit war seine

Wochenarbeitszeit von der Schule angehoben worden. Der Lehrer vertrat die Ansicht, dass die Befristungsvereinbarung damit unwirksam sei. Dem widersprachen die höchsten deutschen Arbeitsrichter. Sie sei wirksam, entschieden sie – wie bereits die Vorinstanzen.

Schulbegleiter für behinderte Kinder am Nachmittag möglich

Kassel/Bielefeld (dpa) – Behinderte Kinder haben unter Umständen Anspruch auf einen Schulbegleiter auch für die Nachmittagsbetreuung an einer Schule. Dabei komme es auf die in dieser Zeit verfolgten Ziele der Angebote an, entschied das Bundessozialgericht am 6. Dezember in Kassel. Es verwies zwei entsprechende Klagen aus Nordrhein-Westfalen zur abschließenden Entscheidung an das dortige Landessozialgericht zurück, da Fragen etwa zur konkreten Ausgestaltung der Nachmittagsangebote an den Schulen offen waren (B 8 SO 4/17 R und B 8 SO 7/17 R).

Geht es am Nachmittag vor allem darum, die Schulbildung des behinderten Kindes zu unterstützen, erleichtern oder zu ergänzen, kommt den obersten deutschen Sozialrichtern zufolge ein Integrationshelfer (auch Schulbegleiter genannt) infrage. Anders sehe es aus, wenn das Nachmittagsangebot – etwa mit Spielen – lediglich die Zeit überbrücke, bis die Eltern ihre Kinder abholen. Dafür seien andere Hilfen möglich, die aber auch vom Einkommen der Eltern abhängen.

Geklagt hatte unter anderem ein geistig behinderter Grundschüler, dem die Stadt Bielefeld einen Schulbegleiter als kostenfreie Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung nur für den Vormittag bewilligt hatte. Dagegen lehnte die Stadt es ab, dem Kläger eine spezielle Betreuung für Angebote der Offenen Ganztagschule außerhalb des Unterrichts am Nachmittag – wie Mittagessen und Hausaufgabenhilfe – ohne Beteiligung an den Kosten zu gewähren. In erster Instanz hatte die Klage Erfolg, das Landessozialgericht wiederum wies sie ab. Der zweite Fall, ebenfalls aus Bielefeld, war ähnlich gelagert. (Aktenzeichen: B 8 SO 4/17 R und B 8 SO 7/17 R).

Verlust des Dokortitels wegen Plagiats

Potsdam/Straßburg (dpa) – Die Politikberaterin und Publizistin Margarita Mathiopoulos verliert endgültig ihren Dokortitel, weil sie ihre Dissertation in Teilen abgeschrieben hat. Das hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg entschieden, wie er am 11. Dezember

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - URTEILE

bestätigte. Er setzte damit einen Schlusspunkt in dem seit Jahren laufenden Plagiatsverfahren. Eine EGMR-Sprecherin sagte, die Beschwerde von Mathiopoulos gegen die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig sei unzulässig gewesen.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte 2017 die Rechtmäßigkeit der Entscheidung der Universität Bonn bestätigt, Mathiopoulos den Titel abzuerkennen. Die Dissertation stammt aus dem Jahr 1986. Schon in den 1990er Jahren hatte es Zweifel an der Arbeit gegeben. 20 Jahre später nahmen sich Plagiatsjäger im Internet die Arbeit noch einmal vor und fanden mehr als 300 Passagen, die nicht als Übernahmen gekennzeichnet waren. Die Universität Bonn entschied, den Doktorgrad abzuerkennen.

Die Entscheidung des Straßburger Gerichtshofs war bereits Anfang Oktober ergangen. Zuerst berichteten die „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ über das Ende im jahrelangen Rechtsstreit der Potsdamer Honorarprofessorin.

Mathiopoulos war bundesweit bekannt geworden, als sie der damalige SPD-Vorsitzende Willy Brandt 1987 zur Parteisprecherin machen wollte. Die Nominierung brachte ihm heftige innerparteiliche Kritik ein, am Ende konnte er die Personalie nicht durchsetzen.

Lehrer vom Vorwurf des sexuellen Missbrauchs freigesprochen

Frankfurt/Main (dpa) – Mit einem Freispruch ist ein Frankfurter Missbrauch-Prozess gegen einen Lehrer zu Ende gegangen. Das Landgericht entschied am 7. Dezember zugunsten des 60 Jahre alten Angeklagten aus dem Main-Taunus-Kreis, da die Aussage der heute 13-jährigen Schülerin nicht in erforderlicher Weise „konsistent“ gewesen sei. Zuvor hatte bereits eine Sachverständige Zweifel an der Glaubwürdigkeit der unter einer Lernschwäche leidenden Schülerin geäußert.

In einem ersten Prozess war der Deutsch- und Erdkundelehrer im Oktober 2015 vom Landgericht zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof hatte diese Entscheidung jedoch in der Revision kassiert und für einen neuen Prozess die zusätzliche psychiatrische Gutachterin zur Glaubwürdigkeit der Aussage empfohlen.

Das Mädchen hatte berichtet, der Lehrer habe sie auf einer Schulfahrt, in einem Klassenzimmer und in der Wohnung unsittlich berührt.

Im zweiten Urteil stellte die Jugendschutzkammer des Gerichts fest, dass es zwar „Verdachtsmomente“ gegen den Pädagogen gebe, diese aber für

eine Verurteilung nicht ausreichend seien. Bei Zweifeln an der Täterschaft müsse der Angeklagte stets freigesprochen werden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

900 000 Euro ergaunert – Ex-Lehrerin zu Haftstrafe verurteilt

Osnabrück (dpa) – Eine ehemalige Realschullehrerin, die mit gefälschten Medikamenten-Rechnungen rund 900 000 Euro ergaunert hat, ist zu zwei Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt worden. Das Landgericht Osnabrück verurteilte die 66-Jährige am 13. Dezember wegen Rezeptbetrugs. Die Frau, die eine chronische Darmerkrankung hat, hatte sich mit dem Geld ein Leben in Luxus gegönnt und Schmuck und Kleidung von Edelmarken gekauft. Diese waren von der Staatsanwaltschaft bereits zur Kompensation des entstandenen Schadens versteigert worden. Zum Prozessauftakt hatte die Frau die Vorwürfe grundsätzlich eingeräumt.

Über Jahre hinweg fälschte die Lehrerin nach Überzeugung des Gerichts Rechnungen für Medikamente. Dazu griff sie zu einer Nagelschere, dem Stempelabdruck einer Apotheke und einem Kopierer. So erweckte sie den Eindruck, die Medikamente seien in zehnfacher Menge verordnet und bezahlt worden. Das Geld forderte sie daraufhin von der Beihilfestelle Niedersachsen zurück. Einer Mitarbeiterin fiel der Betrug auf. Im angeklagten Zeitraum von Januar 2012 bis August 2016 ging es um 112 Rezepte.

Lehrer vom Vorwurf der Körperverletzung freigesprochen

Bad Homburg/Usingen (dpa) – Ein hessischer Lehrer ist vom Vorwurf der Körperverletzung an zwei Schülerinnen freigesprochen worden. Es sei fraglich, ob der Mann in den beiden Fällen vorsätzlich gehandelt habe, urteilte das Amtsgericht in Bad Homburg am 4. Dezember. Außerdem seien die jungen Frauen durch die Tat an einer Berufsschule nicht erheblich beeinträchtigt worden. Dem 50-Jährigen war vorgeworfen worden, eine 18-Jährige während einer Pause im Klassenraum geschlagen und eine 23-Jährige zu Boden geschleudert zu haben. Der Mann hatte die Vorwürfe bestritten.

Der Tat, die sich bereits vor einem Jahr ereignet hatte, soll ein Streit zwischen dem Lehrer und den Schülerinnen vorausgegangen sein. Offenbar waren die beiden Frauen aus dem Klassenraum verwiesen worden. Das

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - URTEILE

Gericht sah es als erwiesen an, dass die 23-Jährige trotz eines Verbotes nach ihren Habseligkeiten gegriffen hatte und dabei von dem Lehrer weggestoßen worden sei. Nicht beweisen ließ sich hingegen ein Schlag des Mannes gegen die 18-Jährige.

Das Gericht sprach den Lehrer nur wegen Nötigung der 23-Jährigen schuldig. Er muss knapp 700 Euro Geldstrafe bezahlen.

Intendantin durfte nicht gekündigt werden

Wuppertal (dpa) – Die Kulturmanagerin Adolphe Binder hat mit Erfolg gegen ihre fristlose Kündigung als Intendantin am Tanztheater Wuppertal Pina Bausch geklagt. Die Kündigung sei unwirksam, entschied das Arbeitsgericht in Wuppertal am 13. Dezember nach einer mündlichen Verhandlung. Die Vertreter des Tanztheaters kündigten an, in Berufung zu gehen, sobald die schriftliche Begründung vorliege. „Da das Tanztheater davon ausgeht, dass die Kündigung wirksam und das Urteil des Arbeitsgerichts fehlerhaft ist, wird auch eine Weiterbeschäftigung von Frau Binder in der Zwischenzeit nicht erfolgen“, erklärte eine Sprecherin.

Binder war nur gut ein Jahr im Amt. Mit der am 13. Juli 2018 ausgesprochenen fristlosen Kündigung wollte der Beirat des weltberühmten Tanztheaters nach eigenen Worten die Handlungsfähigkeit wiedererlangen. Der Posten ist inzwischen neu besetzt: Bettina Wagner-Bergelt ist seit kurzem die künstlerische Leiterin.

In der mündlichen Verhandlung setzte Richter Carsten Gironda an mehreren Punkten Fragezeichen hinter das Handeln der Geschäftsführung. Er bemängelte die angeführten Gründe und das Vorgehen. In der Verhandlung wurde auch ein tiefes Zerwürfnis zwischen Binder und der Geschäftsführung des Tanztheaters deutlich: Es hatte unter anderem eine Mediation in der Führungsetage und eine Abmahnung gegen die 49-Jährige gegeben. Binder wiederum habe eine Unterlassungserklärung von einem leitenden Mitarbeiter des Hauses verlangt. „Sicherlich hat sie nicht zur Deeskalation beigetragen“, sagte der Richter.

Mit dem Argument, dass Teile der Mitarbeiter nicht mehr mit Binder zusammenarbeiten wollten, kam die Geschäftsführung nicht durch. Sogar der Wuppertaler Stadtdirektor war in der Sache von Mitarbeitern angeschrieben worden. Es habe zwar erhebliche Spannungen gegeben. „Sie haben nichts gemacht, um besonders zu deeskalieren“, erklärte der Richter in Richtung Geschäftsführung des Tanztheaters.

TERMINE

Januar 2019

09. Festakt zur Eröffnung des neuen Universitätsklinikums in Augsburg, Augsburg, Info: <http://dpaq.de/ad8gT>
10. Hearing zum Thema „Lehrkräftebildung“, Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung und Berliner Universitäten, Berlin, Info: <http://dpaq.de/2sLLq>
17. Symposium zum Thema „Lehre – Transfer – Innovation: Die Rolle der Hochschulen in der Gesellschaft“, Hochschule Pforzheim, Pforzheim, <http://dpaq.de/OQjxN>
17. Jahrestagung Deutsche Gesellschaft für Neurointensiv- und Notfallmedizin, Berlin, Info: <http://dpaq.de/xU2wl> , (bis 19.)
23. Konferenz zum Thema „Das Alte Testament in der christlichen Dichtung der Antike. Paraphrase, Exegese, Intertextualität und Figurenzeichnung“, Universität Wuppertal, Wuppertal, Info: .: +49 202/439 3215, (bis 25.)
25. GEW-Bundestagung der Vorstandsbereiche Schule, Jugendhilfe und Sozialarbeit, zum Thema „Verschieden * gleich * gemeinsam – Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams“, Kassel, Info: <http://dpaq.de/PAtbY> , (bis 26.)
28. Offizielle Übergabe der Präsidentschaft in der Kultusministerkonferenz von Bildungsminister Helmut Holter (Thüringen) an Kultusminister Alexander Lorz (Hessen), KMK, Berlin, Info: <http://dpaq.de/0Zh47>
28. Kongress zum Thema „In Gottes Namen?! Streit um Religion in Gesellschaft und Politik“, Bundeszentrale für politische Bildung, Essen, Info: <http://dpaq.de/JCFTm> , (bis 30.)
29. Digitale Bildungsmesse Learntec, Karlsruhe-Rheinstetten, Info: <http://dpaq.de/clj45> , (bis 31.)
30. Sitzung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat zum Streit zwischen Bund und Ländern um die Grundgesetzänderung zum Digitalpakt für Schulen, Berlin
30. Interdisziplinäre Tagung zum Thema „Kulturerbe als kulturelle Praxis – Kulturerbe in der Beratungspraxis“, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und Bayerische Akademie der Wissenschaften, München, Info: <http://dpaq.de/MpZvV> , (bis 1.2.)
31. Univention Summit 2019 (IT-Verantwortliche und Software-Hersteller treffen sich mit Anwendern aus der Wirtschaft und dem Bildungssektor), Bremen, Info: <http://dpaq.de/b48Vq> , (bis 1.2.)

Februar 2019

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - TERMINE

01. Seminar zum Thema „What’s new in Brussels?“ besonders unter dem Aspekt „What does Erasmus 2021 – 2027 hold in store?“, Academic Cooperation Association, Brüssel, Info: <http://dpaq.de/ljifo>
06. Tagung zum Thema „Das Hebräerland – Else Lasker-Schüler und die deutsch-jüdische Palästina-Dichtung ihrer Zeit“, Universität Leipzig, Leipzig, Info: +49 (0) 341/9737366. (bis 8.)
07. Jahrestreffen Deutsches Zentrum für Lungenforschung, Mannheim, Info: <http://dpaq.de/6qY5M> , (bis 8.)
14. Schnupper-Uni für Schülerinnen zum Thema „Perspektive Math-Nat“, Universität Bonn, Bonn, Info: <http://dpaq.de/ZIRqf>
19. Bildungsmesse didacta Köln, Verband Bildungsmedien, Köln, Info: <http://dpaq.de/bBfJ1> , (bis 23.)
19. Workshop zum Thema „Wissenschaft im Visier von Anti-Feminismus“, GEW, Kassel, Info: <http://dpaq.de/NmpqJ> (bis 20.)
21. Kongress zum Thema „Bildung Macht Zukunft“, Universität Kassel und Forum Kritische Politische Bildung, Kassel, Info: <http://dpaq.de/nW8YL> , (bis 24.)
21. Jahrestagung der Sektion Interkulturelle und International Vergleichende Erziehungswissenschaft zum Thema „Jenseits des Nationalen? Erziehungswissenschaftliche Perspektiven“, Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft und Universität Wuppertal, Wuppertal, Info: <http://dpaq.de/YNHRX> , (bis 22.)
25. Tagung zum Thema „Lehren und Lernen in Bildungsinstitutionen“, Gesellschaft für Empirische Bildungsforschung, Köln, Info: <http://dpaq.de/T7AXw> , (bis 27.)
28. Kongress Digitale Didaktik zum Thema „Das Ende der Kreidezeit“, Internatsschule Schloss Neubeuren, Info: <http://dpaq.de/Ary1W> , (bis 1.3.)

März 2019

07. 14. Bundeskongress Politische Bildung zum Thema „Was uns bewegt. Emotionen in Politik und Gesellschaft“, Bundeszentrale für politische Bildung, Leipzig, Info: <http://dpaq.de/CTSgQ> , (bis 9.)
09. Tagung zum Thema „Kommunikation im Lehramt – Methodenvielfalt und Konzepte“, Universität Leipzig, Leipzig, Info: <http://dpaq.de/vLxlv>
12. Bildungsforschungstagung 2019 zum Thema „Bildungswelten der Zukunft“, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/7bknT> , (bis 13.)
13. Verleihung der Leibniz-Preise 2019 an zehn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Berlin, Info: <http://dpaq.de/iCp0w>
14. 365. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - TERMINE

14. 2. Bundesweite Tagung zum Thema „Wieviel Wissenschaft braucht die Lehrerfortbildung? Ko-Konstruktion und Kooperation“, Universität Freiburg, Freiburg, Info: <http://dpaq.de/XJEsT> , (bis 15.)
19. Open Science Conference, Leibniz Research Alliance Science 2.0, Berlin, Info: <http://dpaq.de/nxkF4> , (bis 20.)
21. Deutscher Lehrertag 2019 zum Thema “Schule 2019 – Zukunft gestalten!”, Verband Bildung und Erziehung und Verband Bildungsmedien e.V., Leipzig, Info: <http://dpaq.de/SXSIP>
25. Internationale Konferenz zum Thema „Educating the Global Citizen: International Perspectives on Foreign Language Teaching in the Digital Age, Universität München, München, Info: <http://dpaq.de/KkSlx> , (bis 28,)

April 2019

01. Tagung zum Thema „Flickenteppich Lehrerbildung? Professionalisierungsstrategien in Forschung und Praxis“, Universität Tübingen, Tübingen, Info: <http://dpaq.de/Y2nCU> , (bis 2.)
08. Gala der Deutschen Wissenschaft mit Verleihung des Preises „Student/in des Jahres“!, Deutscher Hochschulverband und Deutsches Studentenwerk, Berlin, Info: <http://dpaq.de/Kd4Oq>

Juni 2019

06. 366. Kultusministerkonferenz, Wiesbaden, Info: +49 (0) 30 25418462
24. Sommerschool für Nachwuchswissenschaftler zum Thema „Onkologische Studien in der Omiks, Bioinformatik und Modellierung Ära“, Universitätsmedizin Halle und Bundesministerium für Bildung und Forschung, Halle, Info: +49 (0) 345 557 1032, bis 28.)

Juli 2019

19. Entscheidung über die Titel einer Exzellenzuniversität, Expertengremium und der Exzellenzkommission von Wissenschaftsrat und Deutscher Forschungsgemeinschaft, Bonn, Info: <http://dpaq.de/VbVOZ>

Oktober 2019

17. 367. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462

Dezember 2019

05. 368. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462

INHALT (GESAMT)

AKTUELLES

Kultusminister: Schulen brauchen mehr Lehrer	2
GEW: Mehr tun im Kampf gegen Lehrermangel	4
Exzellente forschen, besser studieren? Studenten sind skeptisch	5
Fast zwei Millionen Kinder in Deutschland von Armut bedroht	7
100 Jahre Bauhaus – Was wann wo passiert	8

KULTURPOLITIK

Wie weiter mit Kleist?	11
Erfolgsstory – 100 Jahre Bavaria Filmstudios	13
Jüdisches Museum Frankfurt nimmt Gestalt an	15
Eintritt frei in Dortmunds Städtischen Museen	17
Bürger wollen Frankfurt eine neue Oper bauen	17
Förderung für Kinos auf dem Land	18

BERUF UND WEITERBILDUNG

Raus aus der Hartz-Falle – neues Bundesgesetz	19
Branche: Brauchen mehr Frauen im Bereich Künstliche Intelligenz	20
Handwerk: Gut ausgebildete Flüchtlinge nicht abschieben	21
200 Stipendien für neue Landärzte vergeben	22
Sinkende Bereitschaft zur Weiterbildung	23
Hamburg will Schulgeld bei Gesundheits-berufen abschaffen	23

FORSCHUNGSPOLITIK

Nasa-Sonde „New Horizons“ trifft „Ultima Thule“	24
Neue Pläne für das Antarktis-Gewächshaus	25
Hacker-Appell für freien Zugang zu Forschungsergebnissen	26

HOCHSCHULE

Chancengleichheit für blinde Studenten	28
Uniklinikum Augsburg geht 2019 an den Start	29
Frankfurter Städelschule wird Hochschule	30
FDP fordert Hamburger Lehrstuhl „Digitalisierung und Recht“	31
Stuttgarter AfD-Politiker Merz von Uni-Seite entfernt	32

SCHULE

Gymnasiallehrer fordern: Schüler sollen mehr schafkopfen.....	33
Erneut mehr Unterrichtsausfall in Thüringen	34
5 Prozent Unterrichtsausfall an NRW-Schulen	35
Indoor-Skateboard-Anlage in Göppingen	35
Weniger Schüler in Rh-Pf lernen Schreibschrift	36
Jeder zehnte Schüler in Berlin ohne Abschluss	36

VORSCHULE

GEW: Gehaltslücke bei Erziehern muss weg	37
Nordosten – Nur noch das erste Kita-Kind kostet	37

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - INHALT (GESAMT)

URTEILE

Urteil zum Islam-Unterricht in NRW gekippt.....	39
BGH: Keine Veröffentlichung von Bildern aus Museum bei Foto-Verbot	39
Arbeitnehmer dürfen über Altersgrenze hinaus arbeiten	40
Schulbegleiter für behinderte Kinder am Nachmittag möglich	41
Verlust des Dokortitels wegen Plagiats	41
Lehrer vom Vorwurf des sexuellen Missbrauchs freigesprochen.....	42
900 000 Euro ergaunert – Ex-Lehrerin zu Haftstrafe verurteilt	43
Lehrer vom Vorwurf der Körperverletzung freigesprochen	43
Intendantin durfte nicht gekündigt werden.....	44
TERMINE	45
INHALT (GESAMT)	48

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 53/2018 31. Dezember 2018 - IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

Impressum

dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

Vors. des Aufsichtsrates: David Brandstätter
Geschäftsführer: Peter Kropsch (Vors.), Matthias Mahn, Andreas Schmidt

Mittelweg 38
20148 Hamburg

Postfach 13 02 82
20102 Hamburg

Telefon: 040 4113-0
E-Mail: info@dpa.com

Eingetragen beim Handelsregister Hamburg,
HRB 68431

Ust-IdNR: DE 118543436

Inhaltlich verantwortlich:

Inhaltlich verantwortlich ist der jeweils auf Seite 1
genannte Redakteur.

Wenn Sie Interesse an weiteren Produkten ha-
ben, wenden Sie sich einfach an den dpa-
Vertrieb.

E-Mail: dossiers-termine@dpa.com
Telefon: (040) 4113-32521

Hinweise

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

Alle Inhalte dieser Ausgabe sind urheber- und
leistungsschutzrechtlich geschützt.
Jegliche Nutzung außer zur eigenen Information,
ist ohne ausdrückliche Zustimmung der dpa un-
zulässig.

Dies gilt insbesondere für die ganze oder teilwei-
se Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe,
Bearbeitung oder Einspeisung in elektronische
Systeme.

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Alle in diesem Produkt gemachten Angaben wur-
den mit größter Sorgfalt recherchiert. Dennoch
übernimmt die dpa keine Gewähr für die Richtig-
keit. Eine Haftung für Schäden, einschließlich
entgangenen Gewinns, welche in Verbindung mit
den in diesem Produkt genannten Inhalten eintre-
ten sollten, ist ausgeschlossen.